



clara.

Das Magazin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag · Nr.3 · 07

Wem gehört unsere Zukunft?

Was die Politik leisten muss um
Familien wirklich zu fördern

Ulrich Maurer: Editorial	3
---------------------------------------	---

Diana Golze: Wie haben Sie gestimmt?	6
---	---



Jörn Wunderlich: Ganztagsbetreuung für alle kostenfrei anbieten	8
--	---

Detlef Hensche: Männer haben Träume	10
--	----

Alexander Fischer: Eine Frage der Gerechtigkeit	12
--	----

Werner Dreibus: »Geiz ist geil« beleidigt die Beschäftigten	14
--	----

Jens König: Abgehängt	16
------------------------------------	----

Nele Hirsch: Plädoyer für kostenfreies Studium	17
---	----

Frank Spieth: Nach der Reform ist vor der Reform	18
---	----



Fraktion vor Ort: »Wir müssen vom Protest zur Alternative kommen«	20
--	----

Hans-Kurt Hill: Schluss mit Monopoly aus der Steckdose	22
---	----



Ilja Seifert: Daheim statt im Heim	24
---	----

Kornelia Möller: Pioniere an der Küste	26
---	----

Daniel Rühmkorf: Die Linken passen zu mir	28
--	----

Zukunft für Familien: Konjunktur für Krippen	30
---	----

Impressum

Herausgeberin:

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/227 51170

Fax: 030/227 56128

fraktion@linksfraktion.de

www.linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Anschrift wie Herausgeberin)

Redaktion: Marion Heinrich, Frank Schwarz

Layout und Satz: DiG | TRIALON, Berlin

Druck: MediaService, Berlin

Redaktionsschluss: 3. April 2007

Clara im Abonnement:

www.linksfraktion.de/bestellformular.php



Wir wollen die politische Achse dauerhaft nach links verschieben

Liebe Leserinnen und liebe Leser, wem gehört unsere Zukunft? Meinhard Miegel, konservativer Frontmann der Sozialstaatskritik, hat in seinem Buch »Epochenwende« das Problem des Neoliberalismus auf den Punkt gebracht: »Der Riss zwischen den Vermögenden und den weniger Vermögenden ist beängstigend breit geworden.«

Das Kernproblem kapitalistischer Gesellschaften besteht mehr denn je in der wachsenden Spaltung zwischen Arm und Reich – und im weiteren Sinn zwischen armen und reichen Ländern. Schon heute leben wir in einer Herrschaft der Reichen, die die Mittelschichten deklassiert und Millionen von Menschen als »nutzlos« ausgrenzt. Die Verteilungsfrage rückt ins Zentrum.

Die politische Linke in Deutschland steht vor der Herausforderung, zum Abbau dieser Spaltung beizutragen. Erstmalig in der Nachkriegsgeschichte hat sie die Chance, die politische Achse dauerhaft nach links zu verschieben. Die Vorarbeit hierzu ist geleistet. Mit den 8,7 Prozent für die Linken bei der Bundestagswahl 2005 konnte die schwarz-gelbe Koalition verhindert werden.

Die Repräsentanz in der obersten Volksvertretung ist für uns indes kein Selbstzweck. DIE LINKE. im Bundestag wird sich nicht in den Prozess der schleichenden Verselbstständigung des Parlaments einreihen. Wir müssen mit unserer Arbeit raus aus dem Raumschiff Bundestag und hin zu jenen Menschen, die die Zumutungen neoliberaler Politik zu spüren bekommen. Wir haben uns für das laufende Jahr

– neben einem Konzept zur Unternehmenssteuerreform und zur Vermögensteuer – einiges vorgenommen: ein linkes Familienkonzept, ein Zukunftsinvestitionsprogramm, Alternativen zur Rente mit 67, zur faktischen Abschaffung des Solidargedankens in der Gesundheitsversorgung und zum Abbau der skandalösen Missstände in der Altenbetreuung. Dienst am Menschen, Bildung und Ausbildung, aktiver Umweltschutz und Arbeitszeitverkürzung sind die Felder, auf denen Vollbeschäftigung erreicht werden kann, wir stehen keineswegs vor dem Ende der Arbeitsgesellschaft. Bei den Themen Ablehnung von Kriegseinsätzen, gesetzlicher Mindestlohn, Kampf gegen Privatisierungen und Hartz IV, konsequente Ablehnung von Studiengebühren und Ausbildungsplatzumlage haben wir im Bundestag die Alleinstellung.

Die Linke muss aber auch auf anderen Feldern in die Offensive kommen. Ganz vorn stehen hier Vorschläge zur Beseitigung der Risiken auf den Weltfinanzmärkten und zur Lösung der Klimaproblematik. Joschka Fischer hat einst den Linken entgegengeworfen: »Wollt ihr etwa Politik gegen die internationalen Finanzmärkte machen?« Genau das wollen wir. Wir polemisieren nicht nur gegen die »Heuschrecken« und öffnen ihnen dann wie Müntefering Tür und Tor, sondern arbeiten an Konzepten, wie man die Wildwest-Strukturen auf den Finanzmärkten eindämmen kann.

Aktive Beschäftigungspolitik muss mehr denn je mit dem Klimaschutz verknüpft werden. Wir müssen erreichen, dass Energieeinsparung und erneuerbare Ener-

gien mit ihren großen Beschäftigungschancen ins Zentrum der Lebenswelt der unteren Hälfte der Gesellschaft Einzug erhalten, und klarmachen, dass dies nur gegen die Interessen der Energiekonzerne durchgesetzt werden kann. Es gibt keinen ökologischen Kapitalismus.

Eine ganz andere Überlebensfrage wird immer akuter: die Stabilität der Demokratie. Die erpresserische »Basta«-Doktrin von Gerhard Schröder, die Kluft zwischen Wahlversprechen und faktischer Politik haben die Axt an das demokratische System gelegt. Rückzug aus der Politik, Passivität, Distanz gegenüber den politischen Parteien sind zum Massenphänomen geworden. Die Linke steht in der Pflicht, Reden und Handeln deckungsgleich zu machen und so das Vertrauen der Menschen in politische Strukturen zu stärken. Liebe Leserinnen und liebe Leser, der globalisierte, von den Finanzmärkten getriebene Kapitalismus führt immer öfter Kriege (und Stellvertreterkriege) um Öl und Rohstoffe. Seine systemimmanente Gier nimmt keine Rücksicht auf die natürlichen Lebensgrundlagen. Er ist geradezu menschenbedrohend geworden. Deshalb sind die Stärkung der demokratischen Linken und ihre internationale Zusammenarbeit brennend wichtig. Die Parteigründung im Sommer ist erst der Anfang.

Ulrich Maurer
Parlamentarischer Geschäftsführer

9. März 2007



Nicht mehr aufzuhalten: Abgeordnete der Linksfraktion nach ihrem konsequenten »Nein!« zur Rente mit 67 und zum deutschen Tornado-Einsatz in Afghanistan. Am Brandenburger Tor werden sie auf einer großen DGB-Veranstaltung stürmisch begrüßt.

inen gesetzlichen
alstreik +++

er Seite!

DIE LINKE.

IM BUNDESTAG



Wie haben Sie gestimmt?

Diana Golze über Kinder, Tornado-Einsätze, Familienkrach der Koalition und französische Verhältnisse

Der Zufall wollte es, dass das Bundestagsmobil im März Station in Rathenow machte. Ein Riesentruck, stets beflaggt mit zwei schwarz-rot-goldenen Fahnen. Im Selbstverständnis und Auftrag des Bundestages rollen 23 Tonnen als Werbeträger der Demokratie quer durch Deutschland, um über das Parlament und die Arbeit seiner Abgeordneten zu informieren.

Eine von ihnen ist Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linken. Sie sitzt auf der Treppe des weißen Info-Riesen und blinzelt in die Frühlingssonne. Von den Schülerinnen einer 10. Klasse, die plötzlich lärmend aus dem Mobil stürmen, ist sie kaum zu unterscheiden. Jeans und Cordparka, randlose Brille, kastanienbraune, lange Haare – so kennt man sie in Rathenow. Einst war es die Stadt mit »besonderem Durchblick«, denn hier wurden zu DDR-Zeiten Brillen en gros hergestellt. Zurück blieb lediglich ein Markenhersteller, der mit Geld-zurück-Garantie wirbt und hier sein Hightech-Logistikzentrum errichtet hat.

Diana Golze ist seit Jahren mit dieser Stadt verbunden. Sie ist nicht nur Bundestagsabgeordnete, sondern auch Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und Mitglied des Kreistags Havelland. Sie mag es, Politik zu »machen«, auf kommunaler wie auf Bundesebene. Aus eigener Erfah-

rung weiß sie, wie wichtig Kinder- und Jugendprojekte sind, weil sie selbst in einem groß geworden ist.

»Man kann in Berlin Politik machen, ohne mit den Wählern im Alltag in Kontakt zu kommen. Es gibt Abgeordnete, die steigen montags in Berlin aus dem Flieger, werden vom Fahrdienst abgeholt und zu irgendeinem Eingang des Bundestages chauffiert. Dann tauchen sie ab, weil man sich unterirdisch zwischen den Gebäuden des Parlaments bewegen kann.«

Mit ihren 31 Jahren hat Diana Golze nicht die Abgeklärtheit von manchen Berufspolitikern, die ihre Lebensnähe in Aufsichtsräten von Konzernen und in Kanzleien suchen. Sie begeistert sich für »coole« Ideen des Kinder- und Jugendparlaments von Rathenow und gewinnt Kraft aus dem Wissen, gemeinsam etwas bewirken zu können.

Auch deshalb sind ihr die Wahlkreiswochen zwischen den Plenarsitzungen besonders wichtig. Sie kann sich Zeit nehmen für ihre Wähler und für die eigene Familie. Familien- und Wahlkreis sind bei ihr mit den gleichen Koordinaten zu finden.

Die Leute, die sie an diesem Vormittag vor dem Bundestagsmobil ansprechen, haben nicht selten den Glauben an Demokratie verloren. Die Hoffnung, dass ihnen jemand

»von oben« helfen kann, nicht. Eine Szene an diesem Tag wird der jungen Abgeordneten lange im Gedächtnis bleiben. Während sie mit Schülerinnen über deren Zukunftspläne spricht, kommt eine ältere, gut gekleidete Frau auf sie zu. Respekt und sicher auch ihre gute »Kinderstube« halten die Rentnerin davon ab, mit der Tür ins (mobile) Haus zu fallen. Dann nimmt sie allen Mut zusammen und unterbricht beherzt die Volksvertreterin. Sie hat ein Anliegen, jetzt, sofort, das ist nicht zu übersehen.

Ohne Umschweife fragt sie Diana Golze, wie sie votiert hat, als es im Bundestag um den Tornado-Einsatz in Afghanistan ging. Natürlich hat Diana Golze, wie alle Mitglieder der Linksfraktion, dagegen gestimmt. Doch die große Koalition schert sich wenig darum, dass drei Viertel der Bevölkerung das ebenso wie die Linken sehen. Die Mehrheit im Parlament hat für den Einsatz der Aufklärungsflugzeuge gestimmt. Die alte Dame bricht in Tränen aus. Sie habe zwei Söhne und Enkel – und nun diese Angst. Sie weiß, was Krieg bedeutet. Sie versteht nicht, warum eine Mehrheit im Bundestag die Söhne und Enkel anderer Mütter dorthin schickt.

Diana Golze hat wegen ihrer Stimmabgabe ein gutes Gewissen und ist dennoch nach der Entscheidung der Regierungskoalition hilflos und wütend. Im Bundestags-Aus-

schuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erlebt sie häufig die gleiche Situation.

»Wir haben uns inzwischen einen fachlich guten Stand erarbeitet. Mitunter wagen sogar SPD-Abgeordnete zu nicken, wenn DIE LINKE. Vorschläge macht.«

Trotzdem lehnen Sozialdemokraten, oft gegen die eigene Überzeugung, linke Anträge immer wieder ab. Das war auch in den Debatten um das Elterngeld so. Nach Anhörungen der Sachverständigen hat DIE LINKE. unter anderem Vorschläge zum Geschwister-Bonus eingereicht. Die wurden abgelehnt, um dann zwei Wochen später mit fast gleicher Formulierung in Anträgen der Koalition wieder aufzutauchen. Diana Golze versucht, generös mit den Kräfteverhältnissen umzugehen. Es geht ihr um die Kinder.

»Wie lange sich die Kolleginnen und Kollegen der SPD das noch erlauben können, ist eine Frage der Zeit.«

Kinder und Familie liegen derzeit im Trend in Deutschland. Damit lässt sich politisch

gerade punkten. Das Spektakel um Kindergartenbetreuungsplätze löst bei Diana Golze nur Kopfschütteln aus. Das von Familienministerin von der Leyen geforderte Kinderkrippenprogramm ist längst europäischer Standard. Dennoch sei es wichtig, dass Deutschland endlich aufholt.

Rathenow macht dabei keine Ausnahme. Wenige Straßen vom Märkischen Platz entfernt, auf dem das Bundestagsmobil parkt, gibt es den Verein Kleeblatt e. V. – ein Zentrum für Familie, Frauen und Kinder. Diana Golze ist Mitglied des Vereins von Beginn an. Die liebevoll eingerichteten Räume sind Begegnungsstätte für meist arbeitslose Mütter und Spiel- und Krabbelstube für die Kleinen. Nach der Logik Brandenburger Gesetze haben Kinder von Müttern ohne Arbeit auch keinen Anspruch auf einen Kitaplatz. Wer ein Kind hat, das noch keine drei Jahre alt ist, kann hierherkommen. Das kostet 50 Cent die Stunde und einen Euro, wenn man das Kind hier abgibt, um Behördengänge zu erledigen oder mal ein bisschen Zeit für sich zu haben. Kleeblatt e. V. muss ohne Unterstützung der öffentlichen Hand auskommen und finanziert sich aus-

schließlich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Wie die Initiatoren es schaffen, den Verein finanziell immer wieder am Leben zu erhalten, wissen sie selbst manchmal nicht. Kindern arbeitsloser Mütter und Väter bleibt oft schon von Beginn an vieles verwehrt und Türen verschlossen. Hier im Kleeblatt sind sie alle gut aufgehoben, bekommen Zuwendung, Hilfe, Rat, Gemeinsamkeit.

Diana Golze ist selbst seit zweieinhalb Jahren Mutter. Lachend zitiert sie gern einen Satz ihres Mannes: »Wenn wir gewusst hätten, wie schön es mit einem Kind ist, hätten wir schon früher damit angefangen.« Die Familienplanung ist bei Golzes längst noch nicht abgeschlossen. Wie alle Eltern wünschen sie sich das Beste für ihr Kind.

Dass der Wunsch für immer mehr Kinder aus armen Familien ein frommer bleibt, davor kann und will Diana Golze nicht die Augen verschließen. Deshalb hat DIE LINKE. einen Antrag zur Kindertagesbetreuung für Kleinstkinder eingebracht, um die Startbedingungen für die Jüngsten zu verbessern.



Diana Golze im Gespräch mit Jugendlichen vor dem Infomobil des Deutschen Bundestages.

Über Armut, sagt sie, werde in Deutschland viel zu wenig gesprochen. Über Armut von Kindern noch weniger. »Das muss sich ändern. Wir brauchen mehr Wissen darüber, wo Armut beginnt, wie sie sich manifestiert und auswirkt auf Kinder. Und wir müssen mehr tun dagegen, dass Kinder wegen Armut von Beginn an ausgeschlossen und abgeschoben sind.« Oft fragt sie sich, warum so viele von Armut Betroffene dennoch so wenig dagegen auf der Straße protestieren.

»Wir brauchen wohl erst französische Verhältnisse, wo Lkw-Fahrer gegen Dumpinglöhne für Berufseinsteiger protestieren. Erst wenn wir mehr Solidarität in der Gesellschaft haben, dann ändern sich auch Mehrheiten.« *Marion Heinrich*

Familie Groth-Simonides...

... auf unserem Titelfoto trafen wir auf einem Spielplatz direkt an der deutsch-polnischen Grenze in Frankfurt (Oder). Die beiden Rechtsanwälte Antje Groth und Matthias Simonides lernten sich beim Studium an der Europa-Universität kennen und haben nach dem Abschluss entschieden, in der Stadt zu bleiben. Mit ihren Söhnen Linus Merten (3 Jahre, rechts) und

Bennet Aaron (5 Jahre) spielen sie oft an der Oder auf der Halbinsel Ziegenwerder. »Wir fühlen uns hier wohl und unsere Kinder sind bestens in der Kita versorgt. Dort werden unsere Jungs spielerisch und individuell pädagogisch anspruchsvoll betreut«, meint Antje Groth, die sich als Stadtverordnete der Linkspartei.PDS engagiert.





Ziel: Ganztagsbetreuung für alle kostenfrei anbieten

Für Entscheidungsfreiheit und Lebensnähe in der Familienpolitik

Jörn Wunderlich wurde 1960 in Gladbeck geboren und ist familienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Nach seinem Jura-Studium kam er an das Amtsgericht Chemnitz. Als Jugend- und Familienrichter erlebte er tagtäglich Kinder und Jugendliche, die eine schwierige Startposition ins Leben hatten. Sein Credo: »Ich vertrete die Lobby derjenigen, die von diesem Staat ständig benachteiligt werden, die keine Chance haben. Das muss man ändern.« Jörn Wunderlich ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Was ist für Dich eine familienfreundliche Gesellschaft?

Ich sehe die Familienpolitik als Querschnittsaufgabe an. Kindergarten, Schule, Berufsausbildung, Wirtschafts- und Sozialpolitik,

alles berührt die Familienpolitik. Familien brauchen gesellschaftliche Solidarität, die familiäre Solidarität fördert und ermöglicht. Gesellschaftliche Solidarität für Familien bedeutet die Übernahme öffentlicher Verantwortung. Wir müssen sofort den Kinderkrippenausbau vorantreiben, damit flächendeckend alle Eltern, die das wollen, ihren Nachwuchs unterbringen können. Gegenwärtig ist die diesbezügliche Infrastruktur desolat. Die Elternbeiträge für Kinderbetreuung müssen darüber hinaus schrittweise abgeschafft werden.

Dein Alltag hat sich mit dem Einzug in den Bundestag verändert. Wie hat sich das auf das Leben Deiner Familie ausgewirkt?

Meine Familie hat für mich einen ganz hohen Stellenwert, besonders seit der Annahme meines Mandats als Abgeordneter und der damit verbundenen Abwesenheit in den Sitzungswochen. Wäre meine Familie nicht mit dieser Arbeit einverstanden gewesen, hätte ich nicht kandidiert. So aber erlebe ich live und in allen Facetten, was es für die Familie heißt, selbst »Berufspendler« zu sein. Vielfach bleibt einfach die Zeit, die man eigentlich für die Familie geplant hat, nicht mehr übrig.

Welche Konsequenzen hatte Dein Einzug in den Bundestag dann für die berufliche Tätigkeit Deiner Frau?

Sie ist ebenfalls Juristin und geht auch in ihrem Beruf wirklich auf. Mein Fehlen

kompensiert sie durch Verkürzung Ihrer Arbeitszeit. Je länger sie aber ihren Job komplett an den Nagel hängen würde, umso mehr fehlte ihr später der Anschluss an die Praxis. Aber das ist in dieser Gesellschaft inzwischen ein allgemeines Problem. Sowohl Männer als auch Frauen kommen nach längerer Pause nur schwer oder gar nicht mehr in den Beruf. Diese Situation möchte ich besonders für die Menschen ändern, die Verantwortung für Kinder übernehmen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in Deutschland jahrzehntelang vernachlässigt worden. Übrigens nicht zuletzt wegen der noch immer favorisierten klassischen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Heute muss – nicht zuletzt auf Druck der Verbände und der Linken – die Regierung aktiv werden und kann Familie und Kinder nicht mehr, wie Altkanzler Schröder, als »Gedöns« abtun. Wenn man sich überlegt, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem dritten Lebensjahr schon seit zehn Jahren besteht und sich diesbezüglich besonders in den alten Bundesländern unter Kohl und unter Rot-Grün nichts getan hat, dann ist das schon bezeichnend.

Wie sieht konkret der Vorschlag der Linksfraktion aus?

Wir haben am 7. März 2007 ein modernes Familienkonzept beschlossen. Das ist ein großer Fortschritt, denn auch in unserer Fraktion gab es aufgrund der unterschiedlichen Biografien in Ost und West differenzierte Auffassungen, wie und in welchem Umfang Familien unterstützt werden sollen. Wir wollen den Ausbau des Elterngeldes – wie in Skandinavien – zu einer Lohnersatzleistung, die Elternschaft ermöglicht und Gleichstellung fördert. Dafür wird die Bezugsdauer des Elterngeldes auf zwei mal 12 Monate erhöht. Mutter und Vater haben einen individuellen, nicht übertragbaren Anspruch auf die Hälfte der Zeit, also zwölf Monate. Der Anspruch beginnt mit der Geburt des Kindes und endet mit dessen 7. Geburtstag. In diesem Zeitraum kann der Elterngeldanspruch in mehrere Abschnitte von mindestens zwei Monaten Länge aufgeteilt werden. Wenn also Eltern entscheiden, zur Einschulung ihres Kindes einige Monate zu Hause das Kind zu betreuen, können sie dafür bezahlte Elternzeit in Anspruch nehmen. Diese Flexibilität in unserem Vorschlag spricht aus meiner Sicht für große Lebensnähe.

Und welches Konzept verfolgt die Regierung?

Die SPD versucht derzeit, in der großen Koalition die »Luftthoheit« über die Familie



Jörn Wunderlich mit Ehefrau Sybille und Sohn Lukas in ihrem Heimatort Limbach-Oberfrohna.

wieder zurückzuerobern. Es wird – ähnlich wie bei der Gesundheitsreform – endlos diskutiert, getreu dem Motto: Alles, was Du kannst, das kann ich viel besser. Dabei versuchen sich die Koalitionäre gegenseitig zu überbieten. Eine kostenlose Ganztagsbetreuung für Kinder fordern wir Linken schon seit Jahren. Entsprechende Anträge von der PDS gab es schon in der 14. Wahlperiode. Damals wurden diese Anträge abgelehnt.

Wie hoch sollte das Elterngeld sein und wie wird es finanziert?

Das Mindestelterngeld wird auf 450 Euro angehoben. Wenn Eltern in der Elternzeit Einkommenseinbußen haben, bekommen sie neben dem Sockelbetrag noch einen weiteren Betrag bis zu insgesamt 67 % ihres bisherigen Einkommens. Wir denken, dass die Finanzierung keinesfalls einseitig nur von den Familien zu leisten ist. Für uns gibt es mehrere Quellen. Zur Finanzierung würde beispielsweise schon ein Verzicht auf die Unternehmensteuerreform mit dreizehn Milliarden Euro den wesentlichen Anteil beisteuern. Wer Förderung der Familien will, muss der Unternehmensteuerreform ein Stoppzeichen setzen. Das Geld ist jedenfalls vorhanden. Außerdem wollen wir das Elterngeld in eine paritätisch finanzierte Bürgerinnen- und Bürgerversicherung umwandeln. Außerdem wollen wir, dass die Unternehmer familienfreundliche Arbeitszeiten und mehr Flexibilität in ihren Betrieben schaffen. Deshalb müssen unter anderem die Rechte erwerbstätiger Eltern ausgebaut werden. Das schließt eine Erweiterung des Kündigungsschutzes

für erwerbstätige Eltern von Kindern unter 7 Jahren und einen Rechtsanspruch auf Teilzeit für Eltern ebenso ein wie den Rechtsanspruch auf Maßnahmen der beruflichen Wiedereingliederung nach der Elternzeit.

Manche Eltern wollen ihr Kind klassisch zu Hause aufziehen. Was passiert dann?

Wie Eltern den Start ihres Kindes organisieren – also wenn sie es klassisch bevorzugen – die Mutter bleibt zu Hause, ist das ihre Entscheidung. Wenn die Mutter oder der Vater nach einem Jahr weiter zu Hause bleiben will, dann bekommt sie/er kein weiteres Elterngeld. Ist einer der Elternteile Alleinverdiener(in) der Familie, muss er/sie entscheiden, ob er/sie sich in die Abhängigkeit des Partners begibt. Das ändert sich, wenn wir in die Debatte der sozialen Grundsicherung einsteigen würden.

Weshalb ist es so schwierig, dieses Thema in Deutschland zu diskutieren und die Probleme zu lösen?

Es ist nicht schwierig, höchstens für die Koalition, der offenbar der politische Wille und der Mut für wirkliche Reformen auf diesem Gebiet der Familienpolitik fehlen. Wir setzen uns schon lange dafür ein, dass keine Kinder in Armut leben müssen und Menschen sich für die Gründung einer Familie entscheiden können. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Das Gespräch führte Marion Heinrich

Männer haben Träume

von Detlef Hensche

Vor einer Weile hatte ich einen Traum, der als Albtraum begann, doch beinahe paradiesisch endete; er könnte auch den Stoff für eine Gewerkschaftskomödie abgeben.

Ich träumte: Über Nacht hatten alle Frauen das Land verlassen. Doch sie hatten die schreienden Kinder in ihren Wiegen zurückgelassen, die quengelnden Schulkinder, die ihre Schularbeiten nicht machen, den Opa im Lehnstuhl, den Großonkel im Rollstuhl und den Urahn als Pflegefall.

Im 1. Akt wurde ich Zeuge einer Betriebsratssitzung. Der Betriebsrat war 3 Wochen nach dem Exodus der Frauen natürlich frauenfrei, dafür befasst mit Themen, die gestern noch als »Gedöns« abgetan wurden. Auf der Tagesordnung stand obenan die Forderung nach der sofortigen Einrichtung eines Betriebskindergartens. Tagesordnungspunkt 2 betraf die Neuordnung der Arbeitszeit: Arbeits- und Schichtzeiten sollten den Öffnungszeiten von Kindergärten und Schulen angepasst werden.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt betraf die Umkehrung flexibler Arbeitszeiten: Im Falle von Krankheit und Pflegebedürftigkeit sollte man(n) das Recht haben, die Arbeit vorzeitig zu verlassen, später zu kommen und an mindestens 20 Tagen im Jahr bezahlt freizunehmen. Es dauerte übrigens nur wenige Wochen, bis

sämtliche Betriebsratsforderungen erfüllt wurden.

Die Themen Überstunden und Arbeitszeitverlängerung verschwanden spurlos von der Agenda, da die Beschäftigten weder in der Lage noch willens waren, länger als vereinbart im Betrieb zu bleiben.

2. Akt: Sitzung einer gewerkschaftlichen Tarifkommission. Die erste Forderung für die bevorstehende Tarifverhandlung bezog sich darauf, endlich das uneingeschränkte Recht auf Teilzeit zu verwirklichen. Im Manteltarifvertrag sollten künftig bezahlte Freistellungen zur Pflege erkrankter Familienangehöriger verankert und die Arbeitszeit verkürzt werden.

Nachdem hinsichtlich der Wochenarbeitszeit der Justiziar darauf verwies, dass man mit Rücksicht auf den länger laufenden Manteltarifvertrag noch in der Friedenspflicht sei, wurden der bekannte Prof. Wolfgang D. und der Bundestagsabgeordnete Ulrich M. um ein Gutachten gebeten; beide kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass der Gewerkschaft ein außerordentliches Kündigungsrecht zustehe. Es sei der Gewerkschaft nicht zuzumuten, an einer tarifvertraglichen Arbeitszeit festzuhalten, weil sich nach dem Vorbild der Metallindustrie in Hessen und in Bayern ein freier sozialistischer Verband allein erziehender Väter in den privaten und öffentlichen

Dienstleistungsbetrieben gebildet habe. Dessen einzige Zielsetzung sei es: unverzüglich die 30-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich durchzusetzen.

Es gelang dann auch der Gewerkschaft kurz darauf, in Gestalt eines 3-jährigen Stufenplans, die 30-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich in allen wichtigen Verbandstarifverträgen zu vereinbaren. Dies war umso leichter, als die Gewerkschaft nach bekanntem Vorbild bereits einige Firmentarifverträge mit kürzerem Stufenplan durchgesetzt hatte.

Zugleich erhob die Kommission einstimmig die Forderung, die Entgelttarifverträge zu überarbeiten: Im Rahmen der Eingruppierung sollen Väterphasen und ähnliche Sozialzeiten zu Höhergruppierungen führen. Desgleichen sollen sämtliche Eingruppierungsmerkmale um soziale Kompetenzen angereichert werden.

3. Akt: Sitzung des Gemeinderats der Stadt X. Ab sofort wurden 50 Prozent der Parkplätze zu Kinderspielplätzen umgewidmet. Außerdem wurden sämtliche Stadtteile der Innenstadt zur verkehrsberuhigten Zone erklärt; große Durchgangsstraßen wurden begrünt und mit Sandkästen ausgestattet. Parallel dazu übernahm es die Stadt, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen und im Volumen zu verdoppeln. Alle Väter haben Anspruch auf einen kosten-



photocase.com

losen Kitaplatz ab dem zweiten Lebensjahr. Von Stund an haben Pjotr aus Kiew und Ludmilla aus Odessa – nein: Ludmilla hat ja gleichfalls das Land verlassen – doch ihr Lebensgefährte Sergej, die beide bislang von Herrn Rechtsanwalt Dr. von X illegal und schwarz zu 350 Euro (nach Abzug von 100 Euro für Kost und Logis) als Gärtner und Hausmeister beschäftigt wurden, endlich eine Chance, in ihrem erlernten Beruf als Pädagogen in der Kita zu arbeiten, selbstverständlich zum tariflichen Lohn. Unverzüglich werden in allen städtischen Schulen Ganztagesunterricht und eine kostenlose Schulspeisung eingeführt.

Der Stellenplan für Lehrer ist aufzustocken, damit Krankheit nicht mehr zu Unterrichtsausfällen führt, mit der Folge, dass die Väter nicht mehr kurzfristig zuhause bleiben müssen.

4. Akt: Sitzung des Landtags. Der Landtag beschließt, flächendeckend die Ganztageschule einzuführen; die positive Wirkung ist, dass einige zigtausend Pädagogenstellen geschaffen werden müssen.

Selbstverständlich werden die Arbeitszeiten für Beamte wieder reduziert, mit der mittelfristigen Perspektive, auch für sie die 30-Stunden-Woche einzuführen.

5. Akt: Sitzung des Bundestages. Wenige Wochen nachdem die Frauen das Land

verlassen haben, beschließt der Bundestag, auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der Linken, einen gesetzlichen Mindestlohn in einer ersten Stufe in Höhe von 7,50 Euro einzuführen. Franz Müntefering und Oskar Lafontaine erklären übereinstimmend, es sei beispielsweise Frisören und Floristen nicht zumuteten, weiterhin zum Hungerlohn von 4 Euro pro Stunde zu arbeiten, und es sei der verantwortungsvollen Arbeit von Kindergärtnern und Krankenbrüdern nicht angemessen, mit 1.100 Euro im Monat vergütet zu werden. Der Bundestag befasst sich außerdem mit einer Rentenreform, die den Namen »Reform« auch wirklich verdient. Das allgemeine Rentenalter wird auf 60 Jahre herabgesetzt, allerdings mit der Option, aus freien Stücken bis zum 72. Lebensjahr zu arbeiten – weil anders die anfallende Arbeit auf der Basis einer 30-Stunden-Woche gar nicht zu bewältigen ist. Allerdings wird nicht mehr der vorzeitige Rentenbezug mit Abschlägen bestraft, sondern der spätere Rentenbezug mit Zuschlägen belohnt.

Selbstverständlich werden Qualifizierungs- und Väterzeiten als Versicherungsjahre rentenrechtlich voll anerkannt. Im Vätergesetz wird pro Kind eine Aus-Zeit von bis zu 3 Jahren festgelegt, die zur Hälfte vom Arbeitgeber, zur Hälfte vom Bund finanziert wird, und zwar auf der Basis des vorangegangenen Durchschnittseinkommens.

6. Akt: Gewerkschaftliche Jugendkonferenz. Der Jugendsekretär verkündet, dass sich angesichts überbordender Arbeitsnachfrage der Arbeitskreis zum Thema eines bedingungslosen Grundeinkommens aufgelöst und die Gewerkschaftsjugend stattdessen die Forderung nach der 25-Stunden-Woche zum Thema der nächsten Jahre erhoben hätte.

Als ich erwachte, war alles wie bisher, die Welt war wieder in Ordnung, in einer patriarchalischen eben. Doch wie wäre es, wir würden im Betriebsrat, in Tarifkommissionen und in sonstigen politischen Funktionen so tun, als würden wir uns ganzheitlich um Erwerbsarbeit wie Reproduktions- und Familienarbeit kümmern. Das kann nicht nur Einsichten vermitteln, sondern mittelfristig auch bereichernd wirken. Es schadet keinem Manne, mit dem ganzen Reichtum des menschlichen Lebens konfrontiert zu werden. Kümmerexistenzen in Gestalt der karrierebesessenen leitenden Angestellten mit ihren Laptops in der 1. Klasse würden schnell als mentale und emotionale Krüppel belächelt – was sie ja auch letztlich sind.

Detlef Hensche war von 1992 bis 2001 Vorsitzender der IG Medien. Aus Protest gegen die Politik der rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder verließ er 2003 die SPD. Er arbeitet als Rechtsanwalt in Berlin.



Foto: TRIALON

Eine Frage der Gerechtigkeit

Wenn es um die Zukunft für die Generationen geht, blasen die Neoliberalen zum Angriff auf den Sozialstaat.

Wenn 100 Bundestagsabgeordnete aus vier Fraktionen zusammen eine Grundgesetz-Änderung vorschlagen, dann ist Achtung geboten. Besonders dann, wenn DIE LINKE. überhaupt nicht vertreten ist. Die Gesetzesinitiative »Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz« will die Behörden in Zukunft juristisch verpflichten, auf die Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu achten. Klingt doch gut, oder? Wer ist schon dagegen, zukünftigen Generationen ein gutes Leben zu sichern?

Warum unterschreibt DIE LINKE. dann nicht? Weil wir ewige Neinsager und Blockierer sind? Sicher nicht! Wir haben im Bundestag einen ganzen Berg von Vorschlägen auf den Tisch gelegt, mit denen schnell die Lage aller Generationen im Land verbessert werden könnte. Eines wurde dabei allerdings übersehen: Die Kluft besteht nicht zwischen Jung und Alt, sondern immer noch zwischen Arm und Reich.

Von Ausgrenzung und Armut sind Rentner ebenso betroffen wie Arbeitslose, Arbeitnehmer, prekär Beschäftigte, Studierende, Auszubildende oder Schüler. Das Gerede von der Generationengerechtigkeit verschleiert dies hinter einer egoistischen »Jugend-hat-Vorfahrt«-Rhetorik. Die Generationengerechtigkeit wird von Politikern im Munde geführt, denen der Sozialkassenschlag bisher nicht schnell genug gehen konnte. Deswegen lohnt es sich, einmal genauer hinzuschauen, wie eine umgestaltete Welt nach gerechten Vorgaben für die Generationen aussehen würde.

Hat Jugend wirklich Vorfahrt?

Was wäre dann vom Sozialstaat in 30 Jahren noch übrig? Deutschland 2040: Wer in dieser Welt alt wird, hat schlechte Karten. Gesetzliche Rente? Fehlanzeige! Mehr als eine Grundrente auf Sozialhilfeniveau gibt das Steuersäckel nicht her. Die Rentenversicherung hat den Generationengerechtigkeitstest

leider nicht bestanden und wurde abgeschafft. Die Alten bevölkern längst nicht mehr die Urlaubsorte und Seniorenresidenzen, sondern die Supermärkte und Spielplätze – als Einpackhelfer und Aushilfs-Kinderbetreuer. Die Chancen, überhaupt eine Mindestrente zu beziehen, sind ohnehin gering. Die 2007 heiß umkämpfte Rente ab 67 ist Vergangenheit. Heute kämpfen die Gewerkschaften darum, dass nicht auch noch der letzte Rest der Rente abgeschafft wird. Apropos Gewerkschaften. Die müssen sich ganz schön was anhören im Land der Generationengerechtigkeit. Sie beharren immer noch darauf, dass in Tarifverträgen Lebensalter, Unternehmenstreue und Berufserfahrung mit einem höheren Grundgehalt belohnt werden. Dies, so wettern die Generationengerechtigkeitsfanatiker, benachteilige junge Arbeitnehmer. Dieselben Leute fordern an anderen Tagen übrigens niedrige Einstiegsgehälter für Jugendliche, weil ihnen dies angeblich den Einstieg ins Arbeitsleben erleichtere.

»Generationengerechte« Rosskur

In einer generationengerechten Welt arbeiten eben fast alle zu Hungerlöhnen, ob jung, alt oder ganz alt. Auch dem Staat geht es nicht blendend nach einer generationengerechten Rosskur. Mit der Begründung, dass zukünftigen Generationen kein »Schuldenberg« hinterlassen werden dürfe, wurde ein Kreditverbot für die öffentlichen Haushalte in die Verfassung geschrieben. Weil aber die Vermögenden, Gutverdienenden und Unternehmen am liebsten gar keine Steuern zahlen wollen, mussten rabiate Sparprogramme aufgelegt werden. Eine verrottete Infrastruktur, am deutlichsten durch löchrige Straßen sichtbar, unterbezahlte und demotivierte Polizisten und Feuerwehrleute waren das Ergebnis. Öffentliche Jugendklubs gibt es praktisch nicht mehr. Inzwischen ist beinahe alles privatisiert, was sich nur zu Geld machen ließ. Regelmäßig wird über unhaltbare Zustände in den überfüllten Gefängnissen berichtet, mit denen internationale Konzerne Milliarden verdienen. Der soziale Wohnungsbau existiert nicht mehr. Die generationengerechte Stadt ist für alle so sichtbar: aufgeteilt in reiche Downtowns und Wohnquartiere wie Beverly Hills. Fußgänger fallen dem privaten Wachschutz bereits dadurch auf, dass sie eben nicht mit Autos in die gut gesicherten Grundstücke einfahren. In heruntergekommenen Wohnquartieren, wo es sich für die Eigentümerkonzerne nicht lohnt zu sanieren und die Kommune auch kein Geld hat, will und kann sich niemand wohlfühlen. Erschwingliche Wohnungen gibt es – ganz generationengerecht – weder für Junge noch für Alte. Dafür können die Bürger dann alle Jahre in bunten Broschüren nachlesen, wie die aktuelle »Generationenbilanz« aussieht.

Geld ist nicht knapp

Zugegeben, eine zugespitzte Darstellung. Aber es ist doch wichtig zu wissen, was forsche Jungpolitiker meinen, wenn sie ihre Forderung nach »mehr Generationengerechtigkeit« vorbringen. Sie meinen nämlich zuallererst: weniger soziale Gerechtigkeit. Wer ernsthaft die Position vertritt, eine Politik sei »nachhaltig«, wenn sie Schulden als absolutes Übel vermeide, ist genauso weit entfernt von linken Politikansätzen wie von der Realität. Es ist zwar richtig, dass Geld eine »Ressource« ist. Wenn vom nachhaltigen Umgang mit Ressourcen die Rede ist, dann meinen wir aber natürliche Ressourcen – Wasser, Rohstoffe oder Energie. Da kann dann tatsächlich im Interesse zukünftiger

Generationen gespart werden. Beim Geld liegt die Sache ganz anders. Wir bauen es nicht ab. Es gibt keine natürlichen Grenzen seiner Verfügbarkeit. Es ist nicht knapp, sondern – wegen einer falschen und unsozialen Steuerpolitik – in den falschen Taschen. Der »generationengerechte« Staat hat nichts mehr mit dem Sozialstaatsgebot im Grundgesetz zu tun. Das im vermeintlichen Interesse zukünftiger Generationen eingesparte Geld fehlt für Kindergärten, Jugendklubs, Schulen und Universitäten, für die Integration von Behinderten und für armutsfeste Renten.

Deshalb ist es auch wichtig zu wissen, wer hinter der Forderung nach mehr »Generationengerechtigkeit« steckt. Die Gesetzesinitiative ist Teil einer seit den 90er Jahren laufenden Kampagne. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die in Hessen ansässige »Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen«. Sie überzieht das Land und den Bundestag mit Workshops, Publikationen und PR-Aktionen. Inzwischen hat sie sogar ein eigenes Forschungsinstitut und eine Jugendorganisation gegründet. Die Stiftung bezieht ihre Mittel vor allem aus wirtschaftsnahen Quellen. Schnell drängen auch die üblichen Verdächtigen als Geldgeber und Kooperationspartner in die Öffentlichkeit: die Bertelsmann- und die Bosch-Stiftung zum Beispiel, die das Land schon seit Jahren mit Katastrophenszenarien zum »demografischen Wandel« verunsichern. Die Gesetzesinitiative ist Teil eines verdeckten Angriffs auf den Sozialstaat. Im pseudo-fortschrittlichen Gewand werden neoliberale Positionen salonfähig gemacht. So wird auf subtile Weise Propaganda für einen marktradikalen Politikwechsel betrieben. Unter den Antragstellern im Bundestag finden sich nicht nur bekannte neoliberale Parlamentarier, sondern auch gestandene Betriebsräte und Gewerkschafter. Das Gerede über die Generationengerechtigkeit fällt also auch bei Leuten auf fruchtbaren Boden, die sich selbst nicht für Neoliberale halten. Deshalb haben die PR-Strategen des Kapitals auch so ein großes Interesse an der Debatte. Sollte es gelingen, auf diesem Wege die Anwendung marktradikaler Konzepte dem eher kritisch eingestellten Teil der Bevölkerung schmackhaft zu machen, dann wäre für den neoliberalen Umbau der Gesellschaft viel gewonnen. Für DIE LINKE. kommt es darauf an, immer wieder daran zu erinnern, dass soziale Stabilität eines Staates wichtiger ist als Haushaltsstabilität. Wir kämpfen für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums. Und wer die Verteilungsfrage nicht stellen will, sollte von Gerechtigkeit schweigen. *Alexander Fischer*

Informationsangebot der Linksfraktion

Newsletter der Fraktion

Für Interessierte und Sympathisanten bietet die Fraktion diverse Newsletter an. »Die Doppelspitze« und unsere thematischen Newsletter zur Sozialpolitik, zu Finanzen und Steuern, zu Familie, Jugend und Senioren oder zur Europäischen Union erhalten Sie monatlich bzw. einmal im Quartal bequem per E-Mail. Neugierig? Dann abonnieren Sie noch heute unter www.linksfraktion.de/newsletter.php



Vierteljährlich bündelt der **querblick** Informationen über parlamentarische Initiativen der Linken zur Gleichstellung von Frauen und Männern. In jeder Ausgabe gibt es u. a. eine Debatten- und Schwerpunktseite.



Klar Nr. 5 erhalten Sie am 1. Mai. Mindestlohn: DIE LINKE. treibt die SPD zur Entscheidung Hartz IV: Wir konfrontieren die Regierung mit den fatalen Folgen Kampf um Arbeitsplätze: Wir stehen an der Seite der Beschäftigten Und: **Klar** erscheint mit einer achtseitigen Beilage zum G8-Gipfel in Heiligendamm.



»Geiz ist geil« beleidigt die Beschäftigten

Werner Dreibus unterwegs im Niedriglohnsektor: Er dreht eine Runde mit dem Postboten Robert Pinkus von der PIN AG. Tausend Dienstleister stehen bereit, um der Post AG im nächsten Jahr mit Niedriglöhnen Konkurrenz zu machen.

Berlin Mitte, nördliches Regierungsviertel. »Moment, ich bin gleich wieder da.« Robert Pinkus stellt sein klobiges blaues Postfahrrad an der Ecke Charitéstraße/Reinhardtstraße ab. Er verschwindet mit einem Packen Briefe um die Ecke. Nach einigen Minuten ist er zurück und schiebt sein Rad ein Stück die Reinhardtstraße hinunter. »Das waren eben nur zwei Hauseingänge, da nehme ich das Rad nicht mit, das spart Zeit.« Vor der Hausnummer 19 holt der 35-jährige Zusteller blitzschnell mit der linken Hand Briefe aus der grünen Fahrradtasche und mit der rechten einen Schlüsselbund aus seiner Umhängetasche. Kurzer Blick auf die etwa 40 Schlüssel, und zack, auf Anhieb steckt der richtige Schlüssel in der Haustür. »Alles Übung und Ordnung.« Robert Pinkus verschwindet lachend im Hausflur. Als er wieder auftaucht und das Rad zum nächsten Eingang schiebt, scherzt er: »Fühlt sich leichter an, hab immerhin sieben Briefe weniger.«

Der Zustellbezirk ist Mischgebiet: Wohn- und Geschäftshäuser, politische Institutionen, Verbände, jede Menge Rechtsanwälte, Medienbetriebe und Kultureinrichtungen. »Es gibt Tage, da schiebe ich ungefähr 85 bis 90 Kilo durch die Gegend. Das Rad wiegt 20 Kilo«, sagt Robert Pinkus zu Werner Dreibus. Der Bundestagsabgeordnete aus Hessen ist einer der Vizechefs und gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Er will sich über die Arbeitsbedingungen bei den neuen Briefdienstleistern informieren.

Heute sei ein eher ruhiger Tag mit wenig Post, erzählt der Zusteller. Nur die vielen gelaufenen und wenig gefahrenen Kilometer bleiben die gleichen – 35 bis 40 an jedem Werktag. Bis zu zehn und mehr Stunden ist er dafür unterwegs.

Robert Pinkus' Tour beginnt um acht Uhr in der Bezirksverteilstelle Mitte mit dem

Einsortieren der Briefe in seine drei Fahrradtaschen. Dafür braucht er ein bis zwei Stunden. Dann radelt er in Richtung Haus der Bundespressekonferenz. Hier, zwischen Spree und S-Bahn, haben 150 Hauptstadtkorrespondentinnen und -korrespondenten ihre Büros und bekommen von Robert Pinkus meist Behörden- und Firmenpost. Darauf hat sich sein Arbeitgeber, die PIN AG – einer der etwa 1000 neuen Konkurrenten der Post AG –, spezialisiert. Mit seinen 900 Kolleginnen und Kollegen bringt Robert Pinkus täglich 600.000 Briefe der Berliner Senatsverwaltungen, der Dienstleistungsgruppe Dussmann, des Erzbistums Berlin, von Ikea oder der Entsorgungsfirma Alba unter die Leute. Das sind neben anderen Unternehmen und Verwaltungen die Großkunden der PIN AG. Im Preisvergleich mit der Post AG sind die neuen Briefdienstleister zwischen 10 und 20 Prozent billiger.

Um 80 Briefe erleichtert geht es mit einem kurzen Pedaltritt in Richtung Reinhardtstraße. Dann per pedes ums Karree Albrechtstraße, Schumannstraße und Luisenstraße. Bis auf die wenigen Wohnblocks, wo Briefkästen an der Außenwand angebracht sind, muss der Briefbote sehr viele Türen aufschließen. An jeder Tür ein flüchtiger Blick in die Umhängetasche, schon baumelt das richtige Schlüsselbund an seinen Fingern und zielsicher steckt der passende Schlüssel in der Haustür. Zwischen zwei Haustüren immer wieder einen kurzen Dialog mit Werner Dreibus. Der erkundigt sich nach dem Wesentlichen – dem Lohn. Die PIN AG zahlt einen Mix aus Fixum und Prämien. Robert Pinkus bekommt 1060 Euro pro Monat ausbezahlt und wenn es keine Reklamationen gibt, eine Prämie von bis zu 400 Euro. Unter den Zustellern sei das ein »Spitzenlohn«. Mit seinen 35 Jahren gehöre er zu den Oldies der PIN AG. »Da zahlt es sich auch aus, dass ich seit einigen Jahren in der Firma bin«, spottet der Postbote.

Werner Dreibus interessiert sich für die »Normallöhne« bei der PIN AG. Die lägen zwischen etwa 700 und 900 Euro netto bei Vollzeit. Pinkus' Kolleginnen und Kollegen sind in der Regel Anfang 20. Er kenne einige, die ergänzendes Arbeitslosengeld beantragen müssen. Im Klartext heißt das, dass die Löhne bei den neuen Postdienstleistern im Westen der Republik um 40 Prozent und im Osten um 50 Prozent unter den Einstiegslohnen der Post AG liegen, so der Politiker. Dann fragt er nach den Kriterien des Prämiensystems.

Robert Pinkus bringt erst den nächsten Stapel Briefe in ein Bürohaus. Dann sagt er: »Vielleicht steht jetzt gerade an der Ecke ein Qualitätsinspektor und wundert sich, dass ich fotografiert werde und ständig quatsche.« Das Prämiensystem wird durch ein betriebliches Qualitätsmanagement geregelt. Dabei spielen Pünktlichkeit der Zustellung, die Häufigkeit der Reklamationen und das Auftreten der Zusteller eine Rolle. Robert Pinkus zeigt bügelglatte Briefe: »Die werfe ich so in den Briefkasten. Nach mir kommt der Austräger mit den kostenlosen Wochenblättern und stopft die in den Kasten.« So kommt es vor, dass sich der Kunde über zerknitterte Briefe beschwert und der Zusteller hat das Nachsehen. Bei Krankheit und Urlaub fällt die Prämie ganz weg.

»Diese kurzsichtige Betriebspolitik mit einem System aus Bestrafung und unerlaubter Überwachung spottet jeder Be-

schreibung vom mündigen Arbeitnehmer. Zufriedenes Personal müsste für jede Firma ein hohes Gut sein«, resümiert Werner Dreibus. Dann würde sich auch das Problem mit der hohen Personalfuktuation lösen, meint Robert Pinkus. »Die Namen von neuen Kollegen merken wir uns erst nach drei Monaten.«

Inzwischen sind Werner Dreibus und Robert Pinkus am Schiffbauerdamm angelangt und laufen ein Stück an der Spree entlang. Die Posttaschen sind merklich leerer geworden, die Hälfte der Tour ist geschafft. Der Abgeordnete muss zurück in den Bundestag in eine Ausschusssitzung. Zum Schluss wird er sarkastisch: »Die deutschen Zeitungsverleger sind so notleidend, die müssen sich unbedingt ein Zubrot verdienen. Dass sie das auf dem Rücken der Beschäftigten mit dem lukrativen Briefgeschäft tun, ist nicht in Ordnung.« Die PIN AG ist nämlich eine Holding des Axel-Springer-Verlages, der zu den »big five«

unter Europas Medienhäusern zählt. Dass ausgerechnet diese Großverlage beim Lohn eine »Geiz-ist-geil-Mentalität« an den Tag legen, sei eine Frechheit. Werner Dreibus verabschiedet sich und knurrt beim Weggehen: »Die Geiz-ist-geil-Kampagne verdirbt die Verbraucher und beleidigt auch die Beschäftigten. Deshalb brauchen wir flächendeckend Mindestlöhne von acht Euro.«

Vor Robert Pinkus liegt der zweite Teil seiner Tour rund um das alte jüdische Viertel zwischen Friedrichstraße, Torstraße, Rosenthaler Straße und Spree. »Ich bin hier so mittig – mittiger geht das gar nicht«, scherzt er. Dass er heute die halbe Tour in Begleitung eines Abgeordneten am Briefkasten der linken Wohngemeinschaft der Abgeordneten Hüseyin Aydin, Werner Dreibus und Axel Troost vorbeikommt, war bei der Terminabsprache nicht absehbar und ist wirklich reiner Zufall. *Günter Frech*



Abgehängt

von Jens König

Es ist fast unmöglich, in diesem Land über Armut zu reden. Man wird ständig genötigt zu betonen, dass Deutschland reich ist. Als wäre das mit der Armut dadurch einfacher. Dabei wird es nur komplizierter. Es relativiert das Problem, bis es so klein ist, dass man es nicht mehr erkennen kann.

Um die Frage, was Armut in Deutschland bedeutet, überhaupt debattieren zu können, müssen wir unseren Standort verlassen. Wer von der Mitte aus die Probleme betrachtet, sieht nicht dasselbe wie jemand, der vom sozialen Rand auf die Gesellschaft blickt. Nur durch diese Veränderung der Perspektive werden wir die Fähigkeit erlernen, Armut wahrnehmen zu können. Dafür brauchen wir vor allem – Zeit. Zeit, um uns auf die Lebensgeschichten armer Menschen einzulassen. Wir müssen die Betroffenen erst einmal sichtbar machen.

Was sie dabei am allerwenigsten benötigen, ist unser Mitleid. Wir können uns von der Armut unter uns weder mit Mitgefühl noch mit Geld freikaufen. Aber genaues Hinsehen könnte helfen, das Problem in seiner ganzen Schärfe erst einmal wahrzunehmen. Wie

nötig das ist, bewies eindrucksvoll Volker Kauder, der Fraktionschef der Union. Ob er arme Menschen zur Unterschicht zähle, wurde Kauder gefragt. Nein, nein, antwortete er, das Wort »Unterschicht« nehme er nicht in den Mund. Wie er diese Leute denn dann bezeichne, hakte der Fernsehreporter nach. »Für mich sind das Menschen mit sozialen und Integrationshemmnissen«, sagte Kauder.

Wie will die Politik das größte Problem aller modernen Gesellschaften, die dauerhafte Deklassierung von Millionen von Menschen, auch nur ansatzweise lösen, wenn sie sich ihnen gegenüber derart unbeholfen und zynisch verhält? Wenn sie sich unempfindlich zeigt für den großen Wandel, der die Menschen und ihre Lebensverhältnisse ähnlich umwälzt wie die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts? »Wie wäre es, wenn wir uns heute Abend das Ziel setzen, im kommenden Jahr überall noch ein wenig mehr als bisher zu vollbringen?«, fragte Angela Merkel, die Kanzlerin, in ihrer Neujahrsansprache Ende vorletzten Jahres. »Sie haben schon lange eine Idee? Es muss gar nichts Überraschendes sein, aber sollte 2006 nicht das Jahr sein, in dem Sie versuchen, diese Idee in die Tat umzusetzen? Überraschen wir uns damit, was möglich ist! Fangen wir einfach an ab morgen früh.« Dieser kindliche Machbarkeitsglaube ist lächerlich. Die Politik verstärkt dadurch nur den Eindruck,

den man ohnehin schon hat: Sie spielt die Rolle der Bordapotheke auf der Titanic.

Der Umgang mit Armut und massenhaftem Ausschluss erfordert ein Höchstmaß an politischer Fantasie. Doch glaube keiner, auch die Betroffenen nicht, mit Fantasie im Gepäck sei das Problem dann im Handumdrehen zu lösen. Hier ein bisschen mehr Geld, dort ein bisschen mehr Gerechtigkeit, dazu ein wenig Umverteilung – so leicht wird es nicht funktionieren. Mit Geld allein ist die Armut, mit der wir es hier zu tun haben, nicht zu beheben. Ohne Geld allerdings auch nicht!

Dieses Land braucht dringend eine intelligente Armuts politik. Dabei helfen weder Almosen für die Bedürftigen noch eine Anklage der Reichen. Es geht um die Schwachen der Gesellschaft und die Durchsetzung ihrer sozialen Rechte als gleichberechtigte Bürger. Deswegen muss Armuts politik zuallererst eine Politik des Respekts sein.

Und dieses Land braucht endlich engagierte Armuts politiker. Keine einzige Partei hat einen einzigen Armuts politiker zu bieten. Je offensichtlicher sich die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer teilt, desto mehr schließen die Parteien ihre Reihen. Sie erlauben kaum noch Abweichungen. Sie überlassen die Verlierer sich selbst – und der Super Nanny auf RTL.

Jens König ist Journalist und leitet das Parlamentsbüro der taz.



Nadja Klinger/Jens König
»Einfach abgehängt
Ein wahrer Bericht über
die neue Armut in
Deutschland«, 256 Seiten,
rowohlt Berlin, 14,90 Euro
ISBN 978-3-87134-552-4
Was heißt es, wenn man
im Monat von 345 Euro
leben muss? Oder wenn

man von 30.000 Euro Schulden erdrückt wird?
Wie tief fällt ein Ingenieur, der aus einem
scheinbar gesicherten Dasein in die Armut
stürzt?

»Einfach abgehängt« wurde 2007 mit dem
Literaturpreis der Friedrich-Ebert-Stiftung
ausgezeichnet.



Plädoyer für kostenfreies Studium

von Nele Hirsch, bildungspolitische Sprecherin

Eigentlich sind sich alle einig: Es müssen mehr Menschen den Weg an die Hochschulen finden! Im Koalitionsvertrag verständigte sich die Große Koalition auf ambitionierte Pläne: »Wir halten fest am Ziel, mindestens 40 Prozent eines Altersjahrgangs für ein Hochschulstudium zu gewinnen.« Diesen schönen Worten folgte bisher wenig. Die Bundesregierung versperrt den Zugang an die Hochschulen, statt ihn zu öffnen.

Ein Grundpfeiler der Studienförderung ist das BAföG. Wer sich ein Studium aufgrund der persönlichen Finanzsituation nicht leisten kann, so das Prinzip, bekommt Unterstützung vom Staat. Bundesbildungsministerin Annette Schavan macht keinen Hehl daraus, dass sie das BAföG lieber heute als morgen abschaffen würde. Da sie für dieses Vorhaben keine Mehrheiten organisieren kann, setzt sie offenbar auf eine schleichende Aushöhlung. Schon im sechsten Jahr in Folge werden die BAföG-Sätze in diesem Jahr nicht an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst. Somit können erstens weniger Studierende eine BAföG-Förderung bekommen. Zweitens reichen die Förderbeträge zur Finanzierung des Lebensunterhaltes bei weitem nicht mehr aus.

Für DIE LINKE ist klar: Wenn wir auch junge Menschen zu einem Studium motivieren

wollen, die keine reichen Eltern haben, müssen wir ihnen mehr Unterstützung anbieten. Die Bundesregierung sieht das anders. Sie verweist auf die Möglichkeit, Studienkredite zu beantragen, die in ihrem Auftrag von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und auch von privaten Banken angeboten werden. Doch auf diesem Weg kann das Studium schnell zur Schuldenfalle werden.

Schon jetzt müssen BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger damit rechnen, am Ende ihres Studiums mit Schulden von bis zu 10.000 Euro dazustehen, denn das BAföG wird nur teilweise als Zuschuss gezahlt. Dazu kommen Kredite für allgemeine Studiengebühren, die immer mehr Bundesländer einführen, sowie Kredite für zusätzliche Ausgaben – etwa im Rahmen eines Auslandsstudiums oder zur Finanzierung fehlender Bücher. Angesichts überfüllter Seminare und miserabler Betreuungsverhältnisse ist es kaum möglich, das Studium in der Regelstudienzeit zu beenden. Statt länger BAföG zu bekommen, gibt es auch in diesem Fall nur noch Kredite. Anders als beim BAföG werden Studienkredite voll verzinst und unterliegen marktüblichen Konditionen: So hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau bereits im ersten Jahr die Zinsen von 5,1 Prozent auf 5,95 Prozent erhöht. Bei einer Vollfinanzierung des Stu-

diums über Kredite kann schnell ein Schuldenberg zwischen fünfzig- und hunderttausend Euro entstehen.

Vor diesem Hintergrund sollte niemand erstaunt sein, dass die Studienanfänger(innen)quote im letzten Jahr erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik gesunken ist. Die Angst vor einem Schuldenberg schreckt von der Aufnahme eines Studiums ab. Auch die Aussichten auf eine interessante und angemessen bezahlte Arbeit nach einem abgeschlossenem Studium sind alles andere als rosig. Immer mehr Absolventinnen und Absolventen werden in unvergütete Praktika gedrängt. Die Rückzahlung von BAföG und Studienkrediten muss dann auf die lange Bank geschoben werden.

Stellen wir uns so unser Bildungssystem vor: Wer reiche Eltern und Verwandte hat, kann unbelastet in die Zukunft starten – wer von Haus aus wenig Geld hat, steht am Ende des Studiums mit einem riesigen Schuldenberg da? DIE LINKE will diese soziale Ungerechtigkeit nicht hinnehmen und streitet deshalb für einen offenen Zugang an die Hochschulen. Studieren muss gebührenfrei sein. Außerdem wollen wir das BAföG ausbauen: Alle Studierenden müssen einen Rechtsanspruch auf eine bedarfsdeckende soziale Grundsicherung haben.



Nach der Reform ist vor der Reform

Frank Spieth – weiter konsequent für die solidarische Bürgerversicherung

2. Februar 2007, 12 Uhr. Das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung, die Gesundheitsreform der Großen Koalition, hat soeben das Parlament passiert. Die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt lässt die Sektkorken knallen. Die Fraktion DIE LINKE erlebt erneut, dass die Mehrheit des Parlaments die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ignoriert hat, ihr Antrag auf Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung ist gescheitert.

Die Bezeichnung »Gesundheitsreform« mag Frank Spieth, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion, eigentlich nicht so gern verwenden. »Ein solcher Begriff grenzt doch an Volksverdummung! Denn man könnte ja meinen, irgendetwas wäre durch die Reform zum Guten gewendet worden. Das ist beileibe nicht der Fall!«, erregt sich der knapp 60-jährige Abgeordnete. »Die Finanzierung, eines der grundlegenden

Probleme des Gesundheitssystems, ist nach monatelangen Streitereien vollständig ausgeklammert worden. Stattdessen haben sich die Koalitionäre darauf geeinigt, das System in Richtung Privatisierung und Entsolidarisierung zu steuern. Gewonnen haben die Arbeitgeber. Ihr Beitragsanteil ist eingefroren worden. Auch die Privatversicherungen machen Kasse – denn sie dürfen weiterhin ihre Versicherungen verkaufen und erhalten über den neuen Basis-tarif ein zusätzliches Geschäftsfeld.«

»Wir werden nicht aufhören, die Sozialdemokraten auf ihre Wahlaussagen festzunageln.«

Trotz der Lippenbekenntnisse der SPD und der Grünen, ebenfalls eine Bürgerversicherung einführen zu wollen, hat die SPD den sogenannten »Kompromiss« mitgetragen. Mitregieren geht über das Mitdenken,

denn die Sozialdemokraten haben entgegen den Warnungen vieler Fachleute dem Modell der CDU zugestimmt, die eine Kopfpauschale für alle anstrebt. Abweichen in den eigenen Reihen des Vizekanzlers wurden Sanktionen angedroht und damit wurden sie auf Linie gebracht.

Frank Spieth bleibt nun nur die öffentliche Schelte für falsche Wahlversprechen. »Wir werden nicht aufhören, die Sozialdemokraten auf ihre Wahlaussagen festzunageln. Sie sind damit angetreten, die Bürgerversicherung einzuführen. Statt einer Gesundheitsreform haben wir nun Murks, der krank macht!« Der in Hessen geborene Abgeordnete sieht mit der verabschiedeten Gesundheitsreform eher ein krank machendes Paket für die Zukunft des Staates. Viele Ungereimtheiten und Probleme stecken in ihm wie zu viele Viren in einem gesunden Körper, die ihn erst nach Monaten oder Jahren zu schwächen beginnen.

Der linke Vorschlag ist und bleibt die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Frank Spieth steht für den sozialen Ausgleich. Er will, dass alle Menschen gleich behandelt werden. Dazu gehört, dass jeder nach seiner persönlichen Leistungsfähigkeit zu den Kosten im Gesundheitswesen herangezogen wird. Bisher endet die Solidarität bei 3562,50 Euro brutto Monatseinkommen. Wer mehr verdient, muss von dem darüber hinausgehenden Gehalt keinen Cent für die Krankenversicherung bezahlen. Dass diese sogenannte Beitragsbemessungsgrenze mittelfristig aufgehoben wird, ist eines der erklärten Ziele Spieths. »Wir wollen, dass jeder gleich viel Prozent von allen Einkommen zahlt und diese Ungerechtigkeit aufhört.«

»Schon unter Rot-Grün wurden die Lasten einseitig auf die Versicherten verlagert.«

Immer wieder stellt er fest, dass den Unternehmen bei jeder Reform neue Vorteile eingeräumt werden, während hauptsächlich die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen die Lasten der Krankenkassenbeiträge zu schultern haben. Das Konzept der Fraktion DIE LINKE. für eine Bürgerversicherung trägt seine Handschrift. In langen Debatten hat er die Details dieses Versicherungsmodells für alle erläutert und die Inhalte verteidigt. Frank Spieth war lange Jahre DGB-Chef Thüringens. Er fordert eine ehrliche paritätische Finanzierung der Gesundheitskosten.

»Schon unter Rot-Grün wurden die Lasten einseitig auf die Versicherten verlagert.« Aus gleichen Teilen ist mittlerweile ein Verhältnis von 60 zu 40 Prozent zugunsten der Arbeitgeber geworden. Selbst das ist den Arbeitgebern noch zu viel! Milliarden werden jedes Jahr den Kranken aufgebürdet, wenn sie zum Beispiel die Praxisgebühr oder Zuzahlungen leisten sollen.

Ein weiteres »Aktionsfeld« von Frank Spieth ist der private Versicherungsmarkt: »Die Privatversicherungen sollen sich nicht zu sicher sein, dass sie auf ewig ein Anrecht darauf haben, sich als Vollversicherung die Rosinen unter den Versicherten herauszupicken. Wir wollen eine Versicherung für alle, Ausnahmen davon darf es nicht geben!«

Wer dennoch nicht auf die Chefarztbehandlung im Krankenhaus oder das Einzelzimmer verzichten möchte, kann diese Bedürfnisse durch eine Zusatzversicherung befriedigen. Der Staat müsse dagegen dafür sorgen, dass jeder Mensch uneingeschränkter Zugang zu allen Gesundheitsleistungen erhalte. Das hieße aber in letzter Konsequenz, dass die Zuzahlungen und Praxisgebühren fallengelassen werden. Denn damit würden insbesondere diejenigen, die aufgrund ihrer schlechteren Einkommens- und Bildungssituation eine geringere Lebenserwartung haben, vom Gesundheitswesen ferngehalten.

Spieth weiß um die Doppelzüngigkeit seiner ehemaligen Genossen nicht erst seit der letzten Gesundheitsreform. Während der zweiten Amtszeit Schröders gab er sein SPD-Parteibuch zurück, da er der

kaltschnäuzigen Politik gegenüber den kleinen Leuten nicht folgen konnte. Damals wie heute sparte er auch nicht mit drastischen Worten. Beim Start der 1-Euro-Jobs für Langzeitarbeitslose gab er in seiner Funktion als DGB-Chef Thüringens zu Protokoll, dass damit »der Reichsarbeitsdienst im neuen Gewand eingeführt« werde.

»Zwischen Raumschiff Bundestag und der Bodenstation die Verbindung halten.«

Dass Spieth seine Energie im Gesundheitsausschuss einsetzen würde, lag auf der Hand: Denn in 35 Jahren als DGB-Funktionär war er immer auch in die Verwaltungsstrukturen der gesetzlichen Krankenkassen eingebunden, seit 1994 als einer der Verwaltungsratsvorsitzenden der AOK Thüringen. Man kann ihm somit in der Gesundheitspolitik kaum etwas vormachen. Es ist auch zum Teil sein Verdienst, dass mit seinen Änderungsanträgen, seiner Öffentlichkeitsarbeit und seinen Reden im Ausschuss, den Expertenanhörungen sowie im Parlament die fatale Auswirkung der geplanten Gesundheitsreform deutlich wurde. Auf Spieths Antrag hin wurde der Passus über die »Insolvenzfähigkeit« der Kassen aus dem Reformgesetz gestrichen.

Dass ihm seine Arbeit als Abgeordneter und gesundheitspolitischer Sprecher Spaß macht, ist ihm anzusehen. Zumeist guter Dinge ist er in den Sitzungswochen im Bundestag anzutreffen. In seinem Wahlkreis, der die thüringischen Städte Weimar und Erfurt umfasst, unterhält er zwei Bürgerbüros und ist so oft wie möglich vor Ort. Die Einbeziehung seiner Wählerinnen und Wähler in seine politische Arbeit ist ihm ein wichtiges Anliegen. Er kolportiert gern den Spruch: »Zwischen Raumschiff Bundestag und der Bodenstation die Verbindung halten«. Sein Ziel: Den Wahlkreis bei der nächsten Wahl als Direktkandidat zu erobern. Dafür geht er auf volles Risiko. Er verzichtet auf die Absicherung durch die Landesliste. »Dieses Risiko gehe ich gerne ein. Meine Mitarbeiter wissen so gut wie ich, dass wir das nur gemeinsam schaffen können. Letztendlich sollen die Wählerinnen und Wähler entscheiden, ob mit mir dieses Projekt zur Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung im Bundestag weiter fortgesetzt wird.« Spricht es und muss wieder los. Denn nach der Reform ist vor der Reform.

Daniel Rühmkorf





Aktionstag der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen »Fraktion vor Ort«

»Wir müssen vom Protest zur Alternative kommen«

So etwas hat es in Nordrhein-Westfalen noch nicht gegeben. Es ist das erste Mal. Bundestagsabgeordnete laden ein und die gehören zur Linksfraktion. Die Gäste, die nach Bielefeld gekommen sind, zeigen sich zunächst zurückhaltend, aber neugierig. »Ist das hier, wo die Linken auftreten?«, fragt ein Mann und schreitet in den Saal des alten Backsteinbaus im Zentrum. An der sonst kahlen Wand hängt eine Fahne, auf der »DIE LINKE.« steht. Der Beginn der Veranstaltung verzögert sich. Die Organisatoren wollen noch warten, ob nicht doch noch mehr Gäste kommen. »Was können wir zusammen machen? Wie können wir gemeinsam gegen soziale Ungerechtigkeiten kämpfen?« Diese und viele andere Fragen bekamen die sechs Bundestagsabgeordneten der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen beim 1. Aktionstag in NRW oft zu hören. Bei vielen Gesprächen mit den Politikern der Fraktion DIE LINKE. in Bielefeld, Paderborn, Büren, Bad Salzuffen, Minden und Gütersloh ist schnell deutlich geworden: Diese Linken stehen, wenn sie in der Region wahrgenommen werden, im Blickpunkt und sind gefragt. Für manche in Ostwestfalen-Lippe sind es noch Exoten, für andere angenehme Gesprächspartner. Applaus und Kopfnicken, hin und wieder dankendes Händeschütteln ernten die Abgeordneten aus Berlin für ihr Verhalten bei der Abstimmung des Bundestages zur Entsendung deutscher Tornados

nach Afghanistan und der Einführung einer Rente ab 67.

Sechs Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. stellen sich in Ost-Westfalen vor

»Ich bin froh, dass es diese Linksfraktion gibt und wünsche euch viel Erfolg bei der Verfassungsklage gegen die Tornadoentscheidung«, sagt Lutz-Konrad Willhardt aus Bielefeld bei der Auftaktveranstaltung zum Aktionstag »Fraktion vor Ort« im historischen Museum der Stadt. Er ist extra aus Gütersloh angereist und gehört zu den engagierten Linken in Ostwestfalen. Inge Höger und Paul Schäfer hatten zuvor gerade über Hintergründe der geschlossenen Ablehnung der Linksfraktion informiert. »Es bleibt bei unserer konsequenten Position: Nein zum Krieg heißt auch nein zur Beteiligung und Unterstützung von Kriegshandlungen anderer. Deshalb nein zu Tornados in Afghanistan und langfristig raus aus der NATO«, erklärt Paul Schäfer. Zur Begründung meinte der verteidigungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE., dass die NATO zum reinen Angriffsbündnis geworden ist. Inge Höger berichtet den Zuhörern von ihrem Erstaunen im Verteidigungsausschuss, dass immer mehr Waffen für die Bundeswehr an-

geschafft werden sollen, die nur Angriffszielen dienen. »Unsere Fragen und Bedenken werden stets ignoriert«, erzählt die Abgeordnete aus dem Wahlkreis Herford.

In der Stadt der historischen Sparrenburg gehören linke Politiker, noch dazu Abgeordnete aus dem Bundestag, eher zu den selten(er)en Gästen. Dennoch haben viele Menschen in Bielefeld längst mitbekommen, dass linke Politiker für soziale Belange öffentlich das Wort führen. So zum Beispiel bei den Montagsdemos gegen Hartz IV auf dem Jahnplatz und am Spindelbrunnen oder gegen den drohenden Verkauf von 2000 Wohnungen, darunter besonders in den Ravensberger Heimstätten. »Wir wollen mit dem Aktionstag den Menschen bewusst machen, dass linke Abgeordnete aus NRW im Bundestag vor allem für die sozial Schwachen streiten«, erklärt Anna Conrads, die für die Landesgruppe der Fraktion DIE LINKE. in Nordrhein-Westfalen Veranstaltungen organisiert.

Zu den wichtigen Begegnungen gehören die Kontakte mit Gewerkschaftsvertretern. So kommt es unter anderem in Sennestadt zu zum Teil emotionsgeladenen Gesprächen. Viele alte Gewerkschafter mit SPD-Partei-buch, berichtet ein verdi-Sekretär gegenüber Ulla Lötzer von der Linksfraktion, stünden vor einer Hürde. »Das ist für viele

schwer zu akzeptieren, dass die Kommunisten von gestern plötzlich Alternativen für die Probleme von heute anbieten.« Man merkt mehreren Gewerkschaftern die innere Unruhe an, die mit der politischen Entwicklung in Deutschland durch die SPD-Führung hadern. »Aus dem Gleichschritt von SPD und Gewerkschaften über Jahrzehnte sind in wenigen Jahren zwei unterschiedliche Paar Schuhe geworden«, stellt eine Gewerkschafterin resigniert fest und ergänzt, dass man deshalb in den nächsten Jahren die verlässliche Partnerschaft im Kampf gegen drohende Armut mit den Linken suche, um den sozialen Abstieg für weitere Menschen in Deutschland zu verhindern.

Das links schlagende Herz in so mancher Gewerkschafterbrust bekam immer wieder Rhythmusstörungen. Gesundheitsreform, Rente mit 67, Tornadoeinsatz und vor allem Hartz IV. »Das hält auf Dauer keiner aus. Wir machen uns an der Basis unglaublich«, sagt einer der Gewerkschafter und schüttelt resigniert den Kopf. Noch wolle er in der SPD für soziale Gerechtigkeit kämpfen, aber mit der WASG und der Linkspartei gebe es inzwischen eine für ihn überlegenswerte Alternative.

Die Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion, Ulla Lötzer, verweist auf gemeinsame Ziele: »Deutschland ist bei Löhnen ein Dumpingland in der EU geworden.« Um den ohnehin stärker gewordenen Druck durch die Linksfraktion auf die Berliner Regierung zu erhöhen, müsse man mit den Gewerkschaften künftig gemeinsame Aktionen parallel absprechen. »Wir müssen gemeinsam noch mehr Bewegung in die Proteste bringen. Das ist uns bei den Demonstrationen gegen die Einführung der Rente mit

Sevim Dagdelen und Ulla Lötzer informieren über die Parlamentsarbeit.



Ortstermine in Bielefeld: Ulla Lötzer (oben) im Gespräch mit Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern in Sennestadt. Zur Auftaktveranstaltung trafen sich Inge Höger und Paul Schäfer mit Gästen im Historischen Museum (Bild links).

67 hier und da schon ganz gut gelungen«, sagte Ulla Lötzer. Man müsse künftig die Alternativen mehrheitsfähig machen und schnell aktionsfähig sein.

»Aus dem Gleichschritt von SPD und Gewerkschaften über Jahrzehnte sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe geworden«

In seinem Gespräch mit Vertretern von Betriebsräten in Paderborn regt Hüseyin Aydin, der sein Abgeordnetenbüro in Duisburg hat, eine regionale Betriebsrätekonferenz an. »Gegen soziale Ungerechtigkeiten, insbesondere gegen die Auswirkungen von Hartz IV, können wir nur mit vereinten Kräften vorgehen«, sagt der Mann aus der Berliner Linksfraktion. Bei ihrem Besuch in der Justizvollzugsanstalt Büren treffen die beiden Abgeordneten Ulla Jelpke und Sevim

Dagdelen auf Inhaftierte, die sich ihren Aufenthalt in Deutschland anders vorgestellt haben. Abschiebehäftlinge erleben oft traumatische Situationen und werden von großen Teilen der Gesellschaft gar nicht wahrgenommen. »Die Repressionen nehmen zu«, sagt Ulla Jelpke. Das neue Bleiberecht schaffe neue Kettenduldungen und werde die Menschen in die Illegalität treiben. »Die Betroffenen können nicht zurück in ihre Herkunftsländer. Deshalb brauchen sie eine sichere Zukunftsperspektive in der BRD, die sich an den zentralen Kriterien wie Humanität, Schutz und Hilfe orientiert und nicht an der wirtschaftlichen Verwertbarkeit von Menschen«, erklärt Ulla Jelpke.

Der Besuch im Abschiebegefängnis Büren und das anschließende Treffen mit dem Verein »Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e. V.« habe die Ansicht der Abgeordneten über die Abschiebehaft bestärkt, meint Sevim Dagdelen. Bereits das Anti-Folter-Komitee (CPT) des Europarates hatte im vergangenen Jahr die Haftbedingungen für Abschiebehäftlinge in Deutschland scharf kritisiert. »In diesem Zusammenhang war es uns wichtig, wiederholt eigene Eindrücke zu gewinnen und uns mit Vertretern des Vereins als Träger des Aachener Friedenspreises auszutauschen. Am 29. März 2007 wird sich der Bundestag auf Antrag der Linksfraktion mit der grundsätzlichen Überprüfung der Abschiebehaft, ihrer rechtlichen Grundlagen und der Inhaftierungspraxis in Deutschland befassen. Die Linksfraktion fordert die Bundesregierung in einem entsprechenden Antrag dazu auf, die Abschiebehaft als Mittel zur Durchsetzung von Abschiebungen abzuschaffen und sich auf dem Weg dorthin für gesetzliche Änderungen zur Wahrung von Mindeststandards in der Inhaftierungspraxis einzusetzen«, erklärt die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion weiter. Frank Schwarz



Foto: Andreas Helling

Schluss mit Monopoly aus der Steckdose

Hans-Kurt Hill setzt auf lukrativen Biodiesel

Alle reden vom Klimaschutz. Alle wollen die Erde retten und alle überbieten sich fast mit Vorschlägen, wie umwelt- und damit klimafreundlich Energie produziert werden sollte. Erst der Katalysator, dann die Variante Erdgas- oder Elektroantrieb. Biodiesel wurde besonders gepriesen und schien bei Produktion und Verbrauch den Geldbeutel von Herstellern und Nutzern gleichermaßen zu schonen. Alles vergessen? Alles vorbei? Zumindest sieht die deutsche Regierung plötzlich keinen Bedarf mehr, die Produktion von Biodiesel zu fördern.

Einen Saarländer bringt so schnell nichts aus der Ruhe. Doch wenn kleine Betriebe mit den Folgen gezielt in den Konkurs regiert werden, wird Hans-Kurt Hill, energiepolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, schon mal laut. »Auf die Politik muss doch Verlass sein, wenn ich als kleiner Unternehmer investiere«, argumentiert der gelernte Kaufmann aus Heusweiler. Für ihn ist Energiepolitik immer auch Familien- und Wirtschaftspolitik.

Ende Februar besuchte Hans-Kurt Hill das Agrarunternehmen Barnstädt bei Halle in Sachsen-Anhalt. Wie viele Klein- und Mittelständler aus der Landwirtschaft hatte

dieser Betrieb auf Biodiesel-Produktion gesetzt. Heimisch erzeugte Energie schafft Arbeit, Versorgungssicherheit und nützt dem Klimaschutz. Deshalb war Ökosprit steuerlich befreit – bisher. Seit September 2006 ist das nun anders. Die Große Koalition belegte Biokraftstoffe mit einer Steuer, um die Haushaltskassen des Bundes aufzufüllen.

Einführung der Steuer auf Biodiesel kostete 15.000 Arbeitsplätze

Jetzt liegen die Produktionskosten für kleine Betriebe in Deutschland über dem Verkaufspreis. »Bei dünner Kapitaldecke hält das kaum einer durch, auch wenn die Erdölpreise mittelfristig wieder steigen und Biodiesel so wieder lukrativer wird«, schlussfolgert Hans-Kurt Hill. Die Hausbanken der betroffenen Unternehmen nehmen keine Rücksicht. Sie stoppen die Kredite. Seit Einführung der Steuer auf Biodiesel vor einem halben Jahr sind deutschlandweit schon 15.000 Arbeitsplätze verlorengegangen – und das meist im ohnehin strukturschwachen ländlichen Raum. Gerade in Ostdeutschland wollten

viele Agrarbetriebe mit dem Ökosprit ein zusätzliches Standbein aufbauen. Die Folge sind dann Insolvenzen. Der Geschäftsführer des Agrarunternehmens Barnstädt, Ralf Hägele, hat offenbar das Vertrauen in die Bundesregierung verloren: »Wenn ich jetzt auf andere Bioenergien umschwenke, zieht mir Steinbrück dort das Geld aus der Tasche.«

Hans-Kurt Hill hat in den letzten Monaten viele Hilferufe erhalten und bereits mehrere Biodiesel-Betriebe besucht. Es sind die menschlichen Schicksale, die ihn dabei vor Ort betroffen machen. »Die Enttäuschung ist nicht zu übersehen, wie soll Politik da noch glaubwürdig sein.« Mit den Insolvenzen gingen schließlich nicht nur Millionen Euro öffentlicher Fördermittel den Bach runter. Zahlreiche Familien sind in ihrer Existenz bedroht, wo es vor kurzem noch hieß, Klimaschutz schaffe Arbeit. Biodiesel und Bioethanol aus regionaler Herstellung galten als echte Alternative zu fossilen Energieimporten – nun rollen sie aufs Abstellgleis.

Gegen eine derart unverständliche Energiepolitik will der eigentlich stets optimistische Mann aus dem Saarland ansetzen. Mit einem Augenzwinkern erklärt

Hans-Kurt Hill, dass er sich in Sachen Bioenergie gut auskennt. Er selbst ist als Vorsitzender des Obst- und Gartenbauvereins Eiweiler im Besitz einer Brennlizenz. Schließlich wird Bio-Benzin, ähnlich wie sein Obstler, durch alkoholische Vergärung von Biomasse erzeugt. In seinem Verein findet der kleine Saarländer mit der Brille die nötige Bodenhaftung für seine Arbeit: »Wenn Du nicht weißt, was die Leute im Alltag bewegt und was sie denken, nützen die besten Gesetzesinitiativen nichts.«

Wie »nützlich« Energiepolitik gestaltet wird, könnten Familien an ihrer Energierechnung ablesen, meint Hans-Kurt Hill. Gern nimmt er dazu auch das Energiewirtschaftsgesetz als Argumentationshilfe: Schon in Paragraph 1 steht, Energie muss versorgungssicher, bezahlbar, verbraucherfreundlich, effizient und umweltverträglich zur Verfügung gestellt werden. Nichts von dem sei zurzeit der Fall, was ihn auch schon 2005 vor der Wahl in den Bundestag dazu veranlasste, Initiativen gegen die steigenden Gaspreise zu gründen. »Viele Familien zahlen für Strom und Heizung auf einen Schlag hunderte Euro pro Jahr mehr als noch im Vorjahr. Für den gemeinsamen Zoobesuch oder den neuen Schulranzen wird es dann für viele eng«, erklärt er sein Engagement.

Tatsächlich erleben die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland zurzeit die teuerste Heizperiode der Nachkriegsgeschichte. Die Mehrbelastung der letzten Jahre durch gestiegene Kosten beim Heizen, bei Strom und Sprit macht mittlerweile den Gegenwert von zwei Monatsmieten pro Jahr aus. Das heißt für viele Privathaushalte, Energie zu sparen und die Rücklagen der Familien anzugreifen. Von Anfang 2004 bis Mitte 2006 stiegen die Strompreise um zehn Prozent. Sprit und Erdgas verteuerten sich um rund 30 Prozent. Heizöl wurde sogar um mehr als 75 Prozent teurer. Die Folge: Die Ausgaben der privaten Haushalte für Energie stiegen siebenmal stärker als die sonstigen Verbraucherpreise. Bei praktisch sinkenden Reallöhnen in den vergangenen Jahren summiert sich die Belastung der Privathaushalte also auf über 12 Milliarden Euro.

Hauptursache für die explodierenden Energierechnungen ist die monopolartige Stellung der Energiekonzerne. Es wird jenseits aller Marktregeln auf Kosten der Strom- und Gaskunden Kasse gemacht. In einem funktionierenden Markt könne es sich kein Kaufmann leisten, so mit seiner Kundschaft umzugehen. »Wenn Tomaten



zu teuer sind, kann man auch mal eine Weile darauf verzichten. Bei Strom geht das nicht«, macht Hans-Kurt Hill die Situation deutlich. Die Energiekonzerne nutzen das schamlos aus. Beispiel Strom: Der Marktpreis wird am teuersten Spitzenlast-Kraftwerk festgelegt, das mit viel Aufwand nur hochgefahren werden muss, wenn kurzzeitig viel Energie gebraucht wird. Das ist in etwa so, als würde für alle Äpfel auf dem Wochenmarkt immer das teuerste Preisschild gelten – egal ob das Obst wurmstichig ist oder nicht.

Mit den Stromnetzen wird ebenfalls Kasse gemacht. Die Übertragungsnetze liegen komplett in den Händen der vier großen Strommonopolisten e-on, RWE, Vattenfall und EnBW. Jährlich nehmen sie bis zu 20 Milliarden Euro an Netzgebühren ein. Nur rund zehn Prozent davon werden aber wieder in die Netze investiert. Der Rest wandert in die Kassen der Konzerne, die damit Vorstandsgehälter aufbessern und milliardenschwere Übernahmen anderer Energieversorger finanzieren.

Das Preisdiktat des Energiekartells und die Abhängigkeit von den knappen und klimaschädlichen Energiefossilien kann nach Ansicht von Hans-Kurt Hill nur beendet werden, wenn die Energieversorgung grundlegend umgebaut wird.

Der Saarländer legt beharrlich den Finger auf die Wunde und fordert die Zerschlagung der Konzerne. »Der Strom- und Gasmarkt eignet sich nicht für unlauteren Wettbewerb. Die Netze gehören in die öffentliche Hand, RWE & Co. müssen

besser kontrolliert werden«, so Hans-Kurt Hill. Dabei bekommt er neuerdings Rückendeckung von unerwarteter Seite. Selbst der Chef der EU-Kommission, José Manuel Barroso, fordert eine Zerschlagung des Energiekartells. Eine aktuelle Studie der Deutschen Bank kommt zu dem gleichen Ergebnis: Energiekartelle sollten abgeschafft werden. DIE LINKE. im Bundestag hatte schon vor einem halben Jahr ein Programm für sozial gerechte Energiepreise, die Verstaatlichung der Netze, eine bessere Strompreisaufsicht und eine Steuer auf die astronomischen Profite der Konzerne gefordert.

Hans-Kurt Hill wundert es nicht, dass in Sachen Energiepolitik mittlerweile eine breite Mehrheit in der Gesellschaft der Idee der Linken folgt. »Wenn wir dazu noch den Energieverbrauch senken und konsequent auf erneuerbare Energien setzen, haben alle etwas davon. Die Familien, die Wirtschaft und das Klima«, sagt er und schmunzelt, als hätte er jemandem einen Streich gespielt. *Björn Schering*





Daheim statt im Heim

Im Alten- und Pflegeheim: Flure wie Landebahnen, der abhebende Tänzer, Damen, die singen oder philosophieren, und Personal, das über Formulare stöhnt.

Praktisch, rechteckig, pflegeleicht schaut er aus, der siebenstöckige Plattenbau in der Gürtelstraße 32 in Berlin zwischen Prenzlauer Berg und Weißensee. Hier soll ein Alten- und Pflegeheim sein?

Ilja Seifert mag keine Heime, und das nicht erst seit ein UNO-Bericht die Situation in deutschen Pflegeheimen als menschenunwürdig eingestuft hat. »Deshalb müssen wir uns drum kümmern«, sagt der behindertenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Die politische Großbaustelle Gesundheitsreform hat ihren Betrieb eingestellt. Die Bauwagen der Umgestalter rollen jetzt auf die »Pflege« zu. Neben der Interessenvertretung für Behinderte und der Tourismuspolitik beschäftigt sich Ilja Seifert seit Jahrzehnten mit erforderlichen Veränderungen

in der Pflegepolitik. Statt Pflege benutzt er lieber das Wort Assistenz.

Gleich zu Beginn der Gesprächsrunde im Besprechungsraum des Seniorenstifts am Prenzlauer Berg fühlt sich Ilja Seifert herausgefordert. Er hat erfahren, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner im Stationszimmer und an der Portiersloge abmelden sollen, wenn sie an die frische Luft gehen. »Das hat wenig mit Selbstbestimmung zu tun. Ich melde mich auch nicht ab, wenn ich meine Wohnung verlasse.« Gerhard Braunstein vertritt in der Runde den Heimrat. »Ich fühle mich sicherer, wenn ich mich abmelde.« – »Stellen sie sich das Geschrei der Medien vor, wenn eine Dame oder ein Herr hinter einem Gebüsch oder zwischen parkenden Autos umfällt und erst

nach Stunden gefunden wird«, gibt Pflegedienstleiterin Sigrun Sahmland zu bedenken. Heimleiter Wilfried Brexel führt »haftungsrechtliche Gründe« an. »Das ist der Punkt, wo ich bockig werde«, entgegnet Ilja Seifert, »mein Vermieter haftet doch auch nicht, wenn ich umfalle. Nur im Heim ist das anders.« Nach einem weiteren Pro und Kontra beendet Ilja Seifert die erste Runde versöhnlich: »Ich verstehe ja, dass Sie vorsichtig sein müssen.«

Sigrun Sahmland führt den Abgeordneten durchs Haus. Sie erklärt, dass die Platte völlig entkernt wurde, um den Wohnblock alten-, behinderten- und pflegegerecht umbauen zu können. Warten vor dem Fahrstuhl, die Tür geht auf, ein älterer Herr drängt heraus. Sigrun Sahmland begrüßt

ihn mit Handschlag: »Hallo, Herr Wilken, wie geht's denn heute?« »Oh je, Hansa hat heute ein schweres Heimspiel!«, antwortet vielsagend der alte Hansa-Rostock-Fan.

Zimmer 311, dritter Stock. Hier ist Gerhard Braunsteins Zuhause. Der 81-jährige »Gentleman alter Schule« schmökert leidenschaftlich gern in einem seiner Bücher, die von der Luftfahrt erzählen. Die eigene Schrankwand ist voll davon. »Ich gehe auch noch jedes Jahr nach Schönefeld zur Luftfahrtschau, da treffe ich immer Kollegen von ihnen«, sagt er zu Ilja Seifert. Gelernt hat Gerhard Braunstein Werkzeugmacher. Später studierte er Maschinenbau und machte nebenbei seinen Segelfliegerschein. Nach der vorgeschriebenen Praxis ließ er sich sogar zum Fluglehrer ausbilden. »Im Fliegerclub bin ich auch noch Mitglied.« Ilja Seifert ist beeindruckt. Beim Plaudern stellen die beiden fest, dass sich ihre Wege vor Urzeiten beim VEB Backwarenkombinat gekreuzt haben. Gerhard Braunstein war dort Ingenieur und Ilja Seifert Leiter des Zirkels Schreibender Arbeiter.

Nach dem Tod seiner Frau zog Gerhard Braunstein eher widerwillig ins Heim. »Jetzt fühle ich mich wohl. Zumindest wohler als zuhause, da kamen immer andere Pflegerinnen zu mir.« Er gehe viel nach draußen und am Wochenende zu seiner Tochter, die ein paar Tramstationen weiter wohnt. Die Pflegeleiterin drängt zum Aufbruch. Ein charmanter Eigenbrödlar sei Herr Braunstein, sagt Sigrun Sahmland beim Rausgehen. »Aber einmal im Monat bei unseren Festen dreht er auf. Unsere Damen lieben

ihn, weil er der eifrigste und beste Tänzer im Haus ist.« Der Flugzeugfan lächelt und wirkt ein ganz klein wenig verlegen.

Der breite und leere Flur wirkt jetzt wie eine Landebahn für Kleinflugzeuge. »Das ist der Zwang des Plattenbaus. Für unser Personal ist das aber sehr zweckmäßig«, erläutert Sigrun Sahmland. Bei 28 Einzelzimmern pro Stockwerk und Station ist es gut, alles im Blick zu haben.

»Bei 28 Einzelzimmern pro Stockwerk und Station ist es wichtig, alles im Blick zu haben.«

Gerhard Braunstein zeigt Ilja Seifert noch den Stationsaufenthaltsraum. »Hier spielen die Damen Karten.« Von irgendwoher ist eine Flöte zu hören, in die ein mehrstimmiges »Es tönen die Lieder...« einfällt. Neben den Pflegekräften – pro Station vier bei der Frühschicht und jeweils zwei in Spät- und Nachtschicht – sorgt ein Team von sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Freizeitgestaltung.

Im Erdgeschoss sammelt Altenpfleger Andreas Kapa die Gesprächsgruppe ein. Heute wird über »Wunder« geredet. Um den Bewohnern geistige Anregung zu geben, bietet das Seniorenstift auch Gedächtnistraining an. Für Zerstreuung sorgen Bingo, Basteln, Musizieren und Gymnastik. Viele Bewohner nehmen die Angebote der sozialen Animation gern an. Was wird getan, wenn sich jemand im Zimmer eingeklinkt, will Ilja Seifert

wissen. »Motivationsgespräche helfen manchmal«, antwortet Sozialarbeiterin Bettina Saegling. Es käme auch vor, dass sie aus dem Zimmer geworfen werde. Ilja Seifert lacht: »Jeder hat das Recht, sich zu langweilen.«

Zurück im Besprechungsraum, möchte der Abgeordnete wissen, in welche Richtung sich aus der Sicht der Bewohner und des Pflegepersonals das Heim- und Pflegesystem entwickeln sollte. Immer wieder bekannt werdende Heimskandale, Konstruktionsfehler in der Pflegeversicherung und das desaströse Urteil im UNO-Bericht zum Zustand deutscher Pflegeheime sind blamabel, bedürfen Veränderungen. Die Runde ist sich einig, dass die Deutung des Pflegebegriffs verändert werden muss. Das schließt ein selbstbestimmtes Leben und die gesellschaftliche Teilhabe ein. Das Zukunftsmodell muss sich an »Daheim statt im Heim« orientieren, bekräftigt Ilja Seifert und fordert »Weg mit der Pflege im Minutentakt.«

Während der Diskussion geht es mit den Äußerungen kreuz und quer durchs Gestrüpp der Pflege Theorie und dem Alltag im Heim. »Profitdenken und Sozialarbeit passen nicht zusammen!« – »Als Einrichtung müssen wir betriebswirtschaftlich denken.« – »Viel Papierkram, wenig psychosoziale Betreuung.« – »Die Politik muss sich fragen lassen, mit welchem Menschenbild sie zu Werke geht.« – »Was sind uns die alten Menschen wert?« – »Behinderten- und altersbedingte Nachteile gesellschaftspolitisch ausgleichen.« – »Die Ministerin redet von Entbürokratisierung und legt dazu einen 270-seitigen Bericht vor.« Fazit: Noch gibt es mehr Fragen als Antworten über die Zukunft einer hochwertigen Pflege.

Der 81-jährige Gerhard Braunstein und MdB Ilja Seifert plaudern über den Alltag im Heim. Beide haben zu DDR-Zeiten im einstigen Backwarenkombinat gearbeitet.



Anhand einer Bewohnerakte erklärt Sigrun Sahmland die »zum Teil sinnvolle, doch in weiten Teilen auch ausufernde Bürokratie«. Das Stammblatt gibt einen Überblick über den Gesundheitszustand des Bewohners. In der Anamnese werden die Probleme benannt, Ziele definiert und Maßnahmen festgelegt. In den drei Tagesblättern – blau für Früh-, grün für Spät- und rot für Nachtdienst – müssen 40 Positionen abgearbeitet werden. Zudem ist für jeden Tag ein Kurzbericht zu schreiben. Ilja Seifert schüttelt den Kopf. »Ich frage mich öfter, ob ich hier meine Eltern unterbringen würde«, sagt Betriebsrätin Marianne Tagelmann: Sie wertet es als gutes Zeichen, hier im festen Team mit sehr wenig Fluktuation arbeiten zu können. »Sie kann«, murmelt Ilja Seifert bei der Verabschiedung.

Günter Frech



Foto: Jens Büttner

500.000 Jobs durch öffentlich geförderte Arbeitsplätze bis 2009

Pioniere an der Küste

DIE LINKE. will es anpacken: 500.000 Jobs durch öffentlich geförderte Arbeitsplätze mit Mindestlöhnen bis 2009. Ein großes Ziel und zugleich ein großer Anspruch für einen Ausweg aus Hartz IV und damit aus Armut und Entwürdigung. Kornelia Möller, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, sieht darin nicht nur eine Alternative zur Langzeitarbeitslosigkeit. Mit diesem Weg könnten zugleich dringende Zukunftsaufgaben der Gesellschaft erfüllt werden, insbesondere bei der Pflege Älterer oder in Schule und Erziehung. Eine Landesinitiative in Mecklenburg-Vorpommern hat die ersten 1000 öffentlich finanzierten dauerhaften Stellen geschaffen. Einen der begehrten Jobs hat Gerlind Klus.

Als die Linken in Mecklenburg-Vorpommern 1999 ihre Idee des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit Jugend- und Schulsozialarbeit tatsächlich in die Praxis umsetzen wollten, gehörten CDU-

Landräte zu den ersten Unterstützern. Während die Abgeordneten ihrer Partei im Landtag Sturm dagegen liefen. Die SPD-Genossen grummelten eine Weile, stimmten aber schließlich der Aufnahme des Vorhabens in den Vertrag über die erste rot-rote Koalition in Deutschland zu. Mussten sie, weil die Linken den Einstieg in öffentlich geförderte Beschäftigung zur ersten Bedingung für eine Zusammenarbeit gemacht hatten. Heute, acht Jahre und eine Regierungsumbildung später, ist die Fortführung der »Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit« im Koalitionsvertrag von Rot-Schwarz nicht nur verankert. Dort ist sogar eine Erweiterung festgeschrieben: Künftig soll in jeder weiterführenden Schule und in jeder Berufsschule im Nordosten ein Sozialarbeiter wirken und von der öffentlichen Hand bezahlt werden.

Helmut Holter, acht Jahre lang roter Arbeitsminister und einer der Väter der Initiative, fällt heute manchmal die Kinnlade

herunter, wenn er hört, dass das einst bemäkelte »Pionierleiterprogramm« von den gleichen Leuten nunmehr als »Faktor der Wirtschaftsförderung« geschätzt wird. Eines Schmunzelns mit Grenzwertigkeit zum breiten Grinsen kann sich der Landtagsabgeordnete dann nicht erwehren. Zumal es hier im Norden im ursprünglichen Wortsinn um eine Pionierleistung geht.

Fern von jeglichem politischen Hickhack, doch beseelt von dem Wunsch, Eltern und Lehrern im »schwersten Job der Welt« beizustehen, arbeitet Gerlind Klus. Die zierliche blonde Frau mit klugen grünen Augen ist Sozialarbeiterin an der Regionalen Schule in Neustadt-Glewe im Landkreis Ludwigslust, Lulu sagen sie hier. Das Umfeld ist typisch für kleine Städte im Osten und auch wieder nicht. Typisch die Plattenbauten am Stadtrand, die abgewinkelte Industrie, die hohe Arbeitslosigkeit unter den Bürgern und der Fortzug der Jungen. Typisch der Verlust dessen, was Kinder auf

dem Weg zum Erwachsenwerden mitbekommen sollten: die Fähigkeit, miteinander zu sprechen, Beziehungen einzugehen, Probleme zu erkennen und Lösungen zu planen, sich gewaltfrei mit Gleichaltrigen auseinanderzusetzen – soziale Kompetenzen eben. Nicht unbedingt typisch ist der ausgeprägte Wille, hier etwas wirklich Wirksames dagegenzusetzen. Bei der Sozialarbeiterin sowieso, doch auch bei den Lehrern, beim Jugendamt, beim Schulamt, bei den Trägern der Jugendarbeit. Sie alle ziehen im Kreis Lulu an einem Strang, beteiligen sich an der Finanzierung. Denn Sozialarbeit, so der Konsens, darf kein Anhängsel der Bildungspolitik im Niedriglohnbereich sein. »Schule ist wichtig«, lässt Gerlind Klus keinen Zweifel am Stellenwert ihrer Arbeit, »aber Schule ist nicht das Leben.« Sie zeigt Verständnis für Lehrer, die im Spannungsfeld von Schulschließungen und Personalabbau die Zensuren in den Mittelpunkt rücken. Sie akzeptiert auch, dass Jugendliche für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben ein möglichst gutes Zeugnis brauchen. Doch die studierte Erzieherin verweist auch darauf, dass junge Menschen, wenn sie Leistung bringen sollen, sich sicher fühlen müssen, aufgehoben in einer Gruppe, in der Bindungen existieren. »Das Jeder-gegen-jeden-Prinzip ist ein zutiefst unsoziales. Die Gesellschaft erweist sich keinen Dienst damit, den Stärkeren gegen den Schwächeren auszuspielen. Und Rücksichtslosigkeit und Gewaltbereitschaft werden vererbt, wenn man sie nicht stoppt.« Deshalb lässt die 45-jährige alleinerziehende Mutter zweier Söhne nicht ab

von ihrem Weg zu den Eltern. Bietet immer wieder Gespräche an, aber auch Kontakte zu Suchtberatern, zum Jugendamt, zu Projekten, in denen Toleranz, Rücksicht und soziales Miteinander gefördert werden.

Sie erzählt von scheinbar verfahrenen Beziehungen zwischen Kindern und sprach- und hilflosen Eltern, die plötzlich nicht mehr ausweglos waren: »Und das nur durch ein paar Gespräche mit richtigen Anstößen. Ich bin immer wieder überrascht, wie viel geht, wenn man nur miteinander redet.« Sie erzählt von der eigenen Hilflosigkeit, etwa wenn sie mit ansehen muss, wie eine ledige Mutter, die wegen der Arbeit täglich nach Hamburg pendelt, schweren Herzens ihren Sohn vernachlässigen und gleichzeitig überfordern muss. Auch von schönen Momenten, wenn etwa in der Silvesternacht eine SMS mit Dank und guten Wünschen von einer ehemaligen Schülerin kommt, die sie seit Jahren nicht gesehen hat.

Als störend empfindet die Sozialarbeiterin den ausufernden Papierkram, mit dem sie jeden Euro für ihre Projekte beantragen muss. Geld ist auch das Thema, wann immer über öffentlich finanzierte Arbeitsplätze diskutiert wird. Die Linken geraten traditionell schnell in den Ruf, seriöse Finanzierungskonzepte schuldig zu bleiben. Die Landesinitiative im Nordosten nun ist ein Paradebeispiel dafür, wie kluge Vorschläge angenommen und mit finanziellem Gewinn weiterentwickelt werden können. Das Finanzkonzept der Initiative sieht eine Fifty-fifty-Finanzierung durch Land und

Kreise vor. Das Land spendiert 21,50 Euro pro Jahr und Kopf der 10–26-jährigen, was durch die Kreise je nach Anzahl der Jugendlichen in gleicher Höhe ergänzt wird. Mittlerweile packen die Kreise bis zu 23 Prozent drauf. Das »Pionierleiterprogramm« ist zum stabilen Faktor kommunaler Arbeit und zum Arbeitgeber geworden. Durchschnittlich 2.400 Euro beträgt das Bruttogehalt, auf das die Sozialarbeiter zählen können. Seit 1998 sind mehr als 1000 dauerhafte Arbeitsverhältnisse finanziert worden. Der »Zauber des Gelingens« wird von den Beteiligten sinngemäß gleich definiert: Langfristige gesicherte Mittelbereitstellung gepaart mit politischem Rückenwind und Fachleuten in der Ausführung (80 Prozent der Sozialarbeiter sind auch als solche ausgebildet).

Bis 2013 mindestens sind die Mittel gesichert. Doch weil diese Arbeit so überaus wichtig ist, muss es auch danach weitergehen. Darin sind sich die Akteure einig. Wenn es eines Beweises bedürfte: Gerlind Klus weist mit den Augen an ihre Bürotür, an der neben sinnigen, fröhlichen, unekümmerten und philosophisch-tiefsinnigen Sprüchen eine Buchstabierung des Wortes Schulsozialarbeiter hängt: »Schlichter, Coach, Helfer, Unterstützer, Lösungssucher, Signalempfänger, Optimist, Zuhörer, Ideenspender, Ansprechpartner, Lenker, Aufmunterer, Realist, Berater, Erklärer, Idealist, Tröster, Eingreifer, Ratgeber.« 19 stark nachgefragte Angebote. 19 Jobs, die in Mecklenburg-Vorpommern (mit Steuergeld auf-) gewogen und als schwer genug befunden werden. *Justus Conrad*





Die Linken passen zu mir

In jeder erfolgreichen Fraktion arbeiten starke KollegInnen mit großem Engagement und hoher Professionalität. »Clara« stellt vor: Dr. Daniel Rühmkorf

Das Fachgebiet Lebensfreude ist in der Mediziner Ausbildung noch nicht vorgesehen. Doch die Linksfraktion hat bereits einen – zugegeben einen selbsternannten Facharzt dieser Spezies: Dr. Daniel Rühmkorf. Der Dokortitel ist echt und die Lebensfreude erst recht. Sie ist sogar ansteckend.

An der Bürotür baumelt fröhlich Gesundheitsministerin Ulla Schmidt – als Hampelfrau. Ob und wie oft Daniel Rühmkorf und sein Kollege Siegfried Dierke an der Holzfigur gezogen haben, ist nicht bekannt. Humor ist, wenn man trotzdem lacht – denn die vergangenen Monate waren geprägt vom parlamentarischen Schlagabtausch zur Gesundheitsreform.

Das Büro der Gesundheitsreferenten hat den Charme einer alten Landarztpraxis. Dr. Rühmkorf senior war tatsächlich Landarzt in einem Dorf bei Peine in Niedersachsen. Die zwei alten Patientenliegen, auf denen heute stapelweise Papiere lagern, hat Daniel Rühmkorf von seinem Vater abge-

staubt. Den alten Medikamentenschrank und Schreibtische ersteigerte er bei einer Online-Auktion.

So wie er an seinem Schreibtisch sitzt, mit weißblond gefärbtem Strubbelkopf, einer quietschgelben Brille und Pullovern in bunten, gesättigten Farben, ist er die blanke Provokation – für alle Morgenmuffel und für notorische Alltagspessimisten.

»Ich bin unglaublich froh, dass ich hier in diesem »Laden« arbeite.«

Für den »Ernstfall«, wie zum Beispiel Sitzungen des Gesundheitsausschusses, gibt es im Büro auch gute »Zwirne« von der Stange. Die passenden Schuhe stehen darunter. Rote Sneakers zum gedeckten Zweireiher – das geht selbst für Daniel Rühmkorf nicht.

Man nimmt es dem 40-jährigen Mediziner ab. In seiner überschäumenden Lebens-

freude scheint er die »Leichtigkeit des Seins« zu leben. Auf jeden Fall sitzt hier ein Mann, der es anderen Menschen leichter machen will.

»Für mich als Arzt kann es nur darum gehen, alle Menschen gleich zu behandeln. Alle müssen die gleichen Chancen für Gesundheit haben.«

Dass dieser Grundsatz in vielen Bereichen unseres Gesundheitswesens nicht erfüllt ist, weiß Daniel Rühmkorf nicht erst, seit er bei den Linken für die solidarische Bürgerversicherung kämpft. Bereits während seiner Studienzeit leitete er im Bundesverband der MedizinstudentInnen die AG Gesundheitspolitik. Nach einem anerkannten Praktikum an der Berliner Charité im Sommer 1990 brach er seine Zelte in Marburg ab und wechselte in die sich vereinende Hauptstadt. Hier beendete er 1996 sein Studium. Es folgte die Promotion zum Thema »Organisationsformen der hausärztlichen Versorgung« und eine Weiterbildung im Gesundheitsmanagement. Praktische Erfahrungen sammelte

er außerdem in der Geriatrie, der Unfallchirurgie und als Skiarzt in Österreich.

Daniel Rühmkorf erkannte sehr schnell, dass er als Arzt im System an den herrschenden Bedingungen im Gesundheitssystem nichts ändern kann. Er wollte etwas »auf die Beine stellen«, sich für eine Gegenöffentlichkeit engagieren. Dazu brauchte er Freiraum und Mitstreiter. Diese fand er im Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte sowie in der Berliner »Fraktion Gesundheit« und in diversen anderen gesundheitspolitischen Gruppen. Seine Möglichkeit, aus seinem gesundheitspolitischen Anspruch einen Beruf zu machen, sah er dann vor fünf Jahren, als er sich entschloss, freier Medizjournalist zu werden.

Monika Knoche, die er noch aus gemeinsamen Zeiten bei den Grünen kannte, gewann ihn vor der Bundestagswahl 2005 für die Mitarbeit bei den Linken. Die »Baden-Württembergisierung« der Grünen – das ist seine eigene Wortschöpfung, hatte Daniel Rühmkorf sehr zugesetzt. Nach zehn Jahren Mitgliedschaft bei den Grünen trat er aus. Er hat sich zwar eine Parteienkarenz auferlegt, doch der Schritt zu den Linken in den Bundestag war für ihn nur folgerichtig.

Vorher nie in die Tiefen des Parlamentarismus eingetaucht, musste er nun enorm viel dazulernen. Der besondere Kick an seiner Arbeit sei die große Nähe, politische Entscheidungen miterleben zu können. Daniel Rühmkorf saß mit Frank Spieth, dem gesundheitspolitischen Sprecher, und anderen Abgeordneten der Linksfraction im Gesundheitsausschuss und in verschiedenen Expertenanhörungen. Gemeinsam erlebten sie über ein Jahr lang das Gefeilsche der

Großkoalitionäre um eigene Pfründe. Die Kopfpauschale der CDU gegen die Bürgerversicherung der SPD. »Am Ende ist die Gesundheitsreform eine Milchmädchenrechnung auf 600 Seiten, bei der sich keiner mehr die Frage stellt, was eigentlich das Ziel der Reform war.« Eigentlich sollte sie eine solide und zukunftssichere Finanzierungsgrundlage der gesetzlichen Krankenversicherung schaffen.

Nach zehn Jahren Mitgliedschaft bei den Grünen trat er aus

Daniel Rühmkorf sagt über sich selbst, er sei ungeduldig. Es nerve ihn, wenn er sehe, wie viele Details der Gesundheitsreform von den Medien überhaupt noch nicht veröffentlicht wurden. Zum Beweis dafür nennt er die Insolvenzfähigkeit der gesetzlichen Krankenkassen. Die Regierung beabsichtigte im Zuge der weiteren Kommerzialisierung und Privatisierung des Gesundheitswesens, dass die Krankenkassen sich entschulden und notfalls in Konkurs gehen sollten. Da sei Frank Spieth auf die Barrikaden gegangen, erzählt Daniel Rühmkorf. Der gesundheitspolitische Sprecher der Linken konnte nachweisen, dass es, sollte sich die Koalition dazu entschließen, zu Insolvenzkaskaden mit Dominoeffekt käme. Versicherte einer Kasse, die in dem Ruf stünde, in Konkurs zu gehen, würden dann nur noch gegen Vorkasse der Patienten behandelt. Dass der Sachverhalt Insolvenzfähigkeit der Kassen aus dem Reformpaket entfernt wurde und später verhandelt werden soll, sei das Verdienst von Frank Spieth. Ein kleiner Sieg für die linke Opposition für einen extrem hohen Aufwand – lohnt das?

Wenn Daniel Rühmkorf danach gefragt wird, kommt die Antwort prompt: »Opposition ist gut.« Schnell und bestimmt fügt er noch hinzu: »Unsere Fraktion hat hochkompetente Politiker, die leider nach außen noch viel zu wenig wahrgenommen werden. DIE LINKE. muss mehr Gegenöffentlichkeit schaffen.«

Nach solchen Worten hat man bei ihm immer wieder für einen Moment das Gefühl, dass der Gegensatz von leicht und schwer aufgehoben ist.



»Wir brauchen jede Menge Leute, die mit Herzblut unser Projekt unterstützen. Wir müssen uns bei den Menschen auf der Straße mit Aktionen einprägen. Wir brauchen mehr Bewegung.« Wenn einer wie Rühmkorf solche Erkenntnisse von sich gibt, klingen sie nicht wie ein griffiges Statement. Er ist viel »draußen« – das meint seine Verwurzelung und Kontakte im Alltag, außerhalb des Parlaments. Der linke Gesundheitsreferent ist Gemeindeglieder und Chormitglied der Ölbeg-Gemeinde in Berlin-Kreuzberg. Viermal im Jahr gehört auch das Glockenläuten dazu. Wenn schon, denn schon. Traditionen sind ihm wichtig. Die kann er als Christ nicht individuell pflegen, die muss er in der Gemeinschaft erleben. Er braucht sie als »geistige Nahrung« ebenso wie den Sport. Und weil es Daniel Rühmkorf ist, der hier beschrieben wird, muss es natürlich Marathon sein. Schon für Nichtraucher ist diese Streckenlänge unvorstellbar lang. Doch der Raucher Rühmkorf kommt tatsächlich nach 42 km beim Berlin-Marathon an. In welcher Zeit und Kategorie wird an dieser Stelle nicht verraten. Menschen wie er geben nicht so schnell auf. Ohne Zweifel, Dr. Daniel Rühmkorf passt zur Linken. Marion Heinrich





Foto: dpa

Konjunktur für Krippen

Seit Wochen reden alle Parteien über Familienpolitik. Warum?

Zunächst wohl, um damit zu gewinnen – oder wenigstens nicht zu verlieren. Wie derzeit die SPD. Weiter in der Logik von Schröders Agenda-Politik befangen, sieht sie sich nun von der modern denkenden CDU-Familienministerin getrieben. Sie reagiert finanzpolitisch und schadet gerade damit der Sache – wer erneut die Unternehmen entlasten will, hat eben keinen Spielraum für die Familien.

Familie ist dort, wo Kinder sind. Ob aber ein Kind kommt, ist eine sehr individuelle Entscheidung der Eltern – jedoch unter bestimmenden gesellschaftlichen Umständen: etwa bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier unter anderem setzt die Bundesfamilienministerin mit ihrem Krippenprogramm an.

Wer ein Kind will, fragt nach den Chancen dieses Kindes. Drei Viertel der Kinderlosen jedoch empfindet das Klima in Deutsch-

land als kinderfeindlich. Die derzeitige Generation möglicher Mütter und Väter erlebt zudem diese Welt zu einem großen Teil als abweisend gegenüber den Jüngeren: Gerade junge Menschen gehören zur Hauptrisikogruppe am Arbeitsmarkt, gerade gut Gebildete werden in Praktika ausgebeutet und verschlissen. Kein Wunder: Gerade bei Akademikerinnen ist die Geburtenrate am niedrigsten – seit 1991 entfernen sie sich deutlich vom Durchschnitt nach unten.

Konservatives Familienmodell setzt moralischen Dünkel gegen Vielfalt von Lebensweisen

Schließlich: Kinder sind heute eines der höchsten Armutsrisiken – erst recht für Alleinerziehende. In Ostdeutschland aber kommen je nach Bundesland 55 bis 61

Prozent der Kinder außerehelich zur Welt; in Westdeutschland sind es zwischen 20 und 41 Prozent. Das konservative, auf den männlichen Haupternährer fixierte Familienmodell bietet hier keine Lösung, sondern setzt moralischen Dünkel gegen die Realität einer Vielfalt von Lebensweisen. Und ein nur alimentierender Sozialstaat – erst recht auf Hartz-IV-Niveau – konserviert und verschlimmert das Problem.

Dazu kommt: Wer ohnehin schon arm ist, muss das Armutsrisiko nicht mehr scheuen. Frauen ohne abgeschlossene Berufsausbildung haben in Deutschland die höchste Geburtenrate. So betritt ein hoher Anteil der neu geborenen Kinder eine Welt der Armut – auch der Chancenarmut. Denn schon das Bildungssystem liefert zu wenig gute Bildung und verbaut ausgerechnet dort Perspektiven, wo solidarische Förderung angesagt wäre. Aber gerade hier beharrt die Union auf dem alten geglie-

dernten Schulsystem. Und die SPD redet – doch wenn Veränderungen möglich wären (wie 2004 in Brandenburg und 2006 in Sachsen-Anhalt), dann kneift sie.

Insofern setzt Frau von der Leyen ein Achtsungszeichen – einen Durchbruch schafft sie nicht. Dem entspricht die Stimmungslage in der Gesellschaft: Für nur 38 Prozent der Eltern bundesweit haben allein mehr Kinderbetreuungsplätze Vorrang. Aber mehr als drei Viertel wünschen sich eine kinderfreundlichere Gesellschaft insgesamt.

Ein breiter Spielraum für Deutungskämpfe und Parteienstreit. Den Parteien geht es im familienpolitischen Streit immer auch und gelegentlich vor allem, wie die Erfahrungen von Diana Golze in diesem Heft zeigen, um sich selbst. Um ihr Profil, um ihre Abgrenzung von anderen, um die Verweigerung von Erfolg für die anderen. Nur auf den ersten Blick handelt es sich dabei ausschließlich um die Parteien, wie wir sie aus den Nachrichten zu kennen glauben, wie auf den Stimmzetteln angekreuzt werden können. Wir erleben auch Parteien in den Parteien – Parteiungen, die mit den Organisationsgrenzen nicht viel zu tun haben, die innerhalb dieser Grenzen und zugleich diese Grenzen überschreitend bestehen und andere solche Parteiungen bekämpfen: Frau von der Leyen liegt im Clinch mit Roland Koch und mit Herrn Mixa – der wiederum gar kein Parteipolitiker ist, sondern einfach nur ein katholischer

Bischof. Und sie liegt im Streit mit Eva Hermann. In den anderen Parteiorganisationen ist es nicht anders – da macht auch die Linkspartei gar keine Ausnahme. Familienpolitik ist wert- und persönlich erfahrungsgeladen wie wenige andere Politikfelder. Umso notwendiger ist die Fähigkeit zu nüchterner Abwägung. Meine Mutter begann, als ich 1957 geboren wurde, viele Jahre beruflicher Abstinenz und verband Kindererziehung mit intensivem gesellschaftlichem Engagement. Als in den 80er Jahren ihre Enkel geboren wurden, tauchte ihrerseits nicht einmal im Ansatz die Erwartung auf, das Familienleben nach ihrem Muster zu gestalten. Doch im Freundes- und Bekanntenkreis entschieden sich zugleich und später junge Paare doch wieder für ein Familienmodell mit der Mutter zu Hause.

Gesellschaftliches Notrufsystem bei Kindererziehung hat bislang zu oft versagt

Es ist auch nicht Aufgabe der Politik, Lebensentwürfe vorzugeben, oder das Recht von PolitikerInnen, das eigene Lebensmodell für verbindlich zu erklären. Für eine moderne Politik dürfte zweierlei gelten: Erstens: Familie ist vom Kind her zu denken, zu verstehen. Kinder als die jüngsten und zerbrechlichsten Glieder der Gesellschaft verdienen denselben Respekt wie alle Individuen und zugleich besondere

Förderung und Garantie ihrer Lebenschancen. Deswegen geht es zum Beispiel bei den Krippenplätzen doch um wesentlich mehr als um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder beim Streit um die häusliche Erziehung um mehr als um die Verteidigung der Mütterlichkeit. Sie wolle »die pädagogischen Fähigkeiten von Müttern und Vätern, auch von Großmüttern und Tagesmüttern nicht generell infrage stellen«, schrieb Linkspartei.PDS-Vorständlerin Rosemarie Hein dieser Tage, »aber sie sind zumindest unterschiedlich ausgeprägt. ErzieherInnen sind in der Regel – und das sollte auch so sein – speziell ausgebildet.« Ein deutlicher Verweis auf den Zusammenhang von Kita/Krippe und Lebenschancen der Kinder. Aber es hat auch mit den viel diskutierten Fällen von Kindesvernachlässigung und –misshandlung zu tun. Denn eine präventive »Familienpolizei« wird hier nicht helfen – »Minority Report« hat die Grenzen eines solchen Modells durchgespielt. Dass es für misshandelte und vernachlässigte Kinder oft zu spät war, hängt damit zusammen, dass das gesellschaftliche Notrufsystem nicht funktioniert und geeignete gesellschaftliche wie staatliche Interventionsmechanismen fehlen. Würden nicht gerade die Kinder aus den sozial schwächsten Familien beispielsweise von der Kita-Betreuung ausgegrenzt, wäre hier schon viel gewonnen.

Schließlich zweitens: Wer Kindern das Leben schenkt und Kinder erzieht, darf dafür keiner gesellschaftlichen Benachteiligung ausgesetzt werden. Der gesellschaftliche Anspruch der Linken kann doch nicht sein, die Bindungen der Frauen einseitig auszugestalten und zu zementieren, sondern Verhältnisse zu schaffen, in denen Frauen und Männer in der Lage sind, im Ergebnis vergleichbare Entscheidungen zu treffen. Das wäre dann wirkliche Wahlfreiheit – einer Gesellschaft würdig, in der die Freiheit des einzelnen die Bedingung für die Freiheit aller ist. Familienpolitik kann dann wirklich nur als Querschnittsaufgabe verstanden werden, wie Jörn Wunderlich in diesem Heft betont: »Kindergarten, Schule, Berufsausbildung, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es tangiert alles die Familienpolitik.« Und noch etwas: Wenn Wahlfreiheit in einer traditionell männlich geprägten und auch aktuell männlich dominierten Gesellschaft hergestellt werden soll, dann wird dies nicht von den Männern »gewährt« und nach allein männlichen Maßstäben eingeführt werden können. Wer die Gesellschaft verändern will, muss sich selbst verändern – und zwar verbindlich und unumkehrbar.

Thomas Falkner



Leserbriefe:

... ich hatte Ihre Stellungnahmen zur Rente mit 67 und zum Tornadoereinsatz verfolgt. Ich stimme mit Ihnen in allen Fragen überein und freue mich, dass Sie vor das Verfassungsgericht gehen und hoffe auf Erfolg. Meine Aufforderung an die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und der SPD gegen den Tornadoereinsatz zu stimmen wurde mit unkonkreten, vorgefertigten, gegen jede Logik sprechenden Standardantworten beantwortet. Das Ergebnis ergab sich dann in der Abstimmung! ... Ich wünschte mir, dass alle, die für den Einsatz stimmten sofort persönlich an die Front kämen, voran die Bundeskanzlerin. Ich hoffe, dass der Zusammenschluss der PDS und der WASG gelingt und eine starke Partei entsteht, die den Willen der Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck bringt und sich durchsetzen kann. *Wolfgang Riedel, Fürstenwalde*

... der Beschluss zur »Rente mit 67« ist das größte Verbrechen am Arbeitnehmer seit der Nachkriegszeit. Ich und meine Familie werden ab sofort nur noch Ihre Fraktion, von der alle mit NEIN gestimmt haben, unterstützen. Mit freundlichen Grüßen
Richard Liebl, 92507 Nabburg

Meet the Revolution in Caracas



Vom 29. November bis 6. Dezember 2006 beobachteten Kornelia Möller, Sevim Dagdelen, Lutz Heilmann, Elke Reinke und Sabine Zimmermann die Präsidentschaftswahl in Venezuela. Kornelia Möller erinnert sich:
»Am 3. Dezember, dem Wahltag, trafen Elke Reinke und ich Hugo Chavez in

seinem Wahllokal in Caracas. Die Begegnung mit dem Präsidenten war kurz und intensiv. Er zeigte sich hocherfreut, Mitglieder der Linken aus dem deutschen Parlament zu treffen. Ein sehr entspannt und offen wirkender Chavez unterhielt sich mit uns über Karl Marx, Rosa Luxemburg und den Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Mich beeindruckte neben seinem kraftvollen und freundlichen Auftreten besonders seine Nähe zu den Menschen. Er ist Hoffnungsträger für die Einen und das »sozialistische Gespenst« für die Anderen. Immer mehr Länder der Region haben sozialistische oder sozialdemokratische Regierungen. Und Chavez ist so etwas wie der Motor.«



Die nächste »clara« erscheint am 4. Juni.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

KS 07



Ja:

Ich will mehr Informationen über die parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, ORT

TELEFON

E-MAIL

- ☐ Ja, ich will den E-Mail-Newsletter der Fraktion DIE LINKE. erhalten.
☐ Ja, ich will die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. aktiv unterstützen.

Bitte ausgefüllt senden an: Fraktion DIE LINKE., Platz der Republik 1, 11011 Berlin

